

Zandonella, Martina

Article

Auswirkungen prekärer Lebens- und Arbeitsbedingungen auf die politische Kultur in Österreich

Wirtschaft und Gesellschaft (WuG)

Provided in Cooperation with:

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Suggested Citation: Zandonella, Martina (2017) : Auswirkungen prekärer Lebens- und Arbeitsbedingungen auf die politische Kultur in Österreich, Wirtschaft und Gesellschaft (WuG), ISSN 0378-5130, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Wien, Vol. 43, Iss. 2, pp. 263-296

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/332996>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Auswirkungen prekärer Lebens- und Arbeitsbedingungen auf die politische Kultur in Österreich

Martina Zandonella

1. Einleitung

Steigende Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung verweist auf Prekarisierungs- und Spaltungsprozesse in der Gesellschaft, die den sozialen Zusammenhalt auf die Probe stellen. In diesem Zusammenhang zeigen Studien bereits seit geraumer Zeit den Anstieg von Unsicherheit: So nehmen Abstiegsängste ebenso zu wie die Wahrnehmung von Konflikten, und immer mehr Menschen äußern das Gefühl, nicht richtig zur Gesellschaft dazuzugehören oder nicht in gerechtem Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand teilzuhaben. Dementsprechend pessimistisch blicken die Menschen auch in die Zukunft: So gehen beispielsweise 45% der wahlberechtigten ÖsterreicherInnen gemäß SORA & ISA (2016) davon aus, dass das Leben der jungen Generation schlechter sein wird als ihr eigenes Leben heute ist.

Zu diesen Sorgen und Unsicherheiten wesentlich beigetragen haben die ökonomischen Entwicklungen der vergangenen Jahrzehnte, insbesondere die Veränderungen in der Arbeitswelt und in den Systemen der sozialen Sicherheit. Die zunehmende Ungleichheit bezieht sich jedoch nicht nur auf sinkende Lohnquoten und stagnierende Löhne bei gleichzeitig steigender Vermögenskonzentration.¹ Die fortschreitende Prekarisierung von Arbeit² erhöht auch die Ungleichheit zwischen den Beschäftigtengruppen, deren Einkommens-, Schutz- und Integrationsniveaus sich weiter auseinanderbewegen.

Die Auswirkungen der Prekarisierung von Erwerbsarbeit berühren damit nicht nur die direkt betroffenen ArbeitnehmerInnen und Selbstständigen. Prekarisierungsprozesse betreffen Betriebe, weite Teile der Erwerbstätigen und die Gesellschaft insgesamt. Sie werden darüber hinaus immer wieder mit einem Vertrauensverlust in das politische System, mit der zunehmenden Hinwendung zu populistischen und extremistischen politischen AkteurlInnen und mit der Abwendung von Politik in Verbindung gebracht. Da ein grundlegendes Vertrauen in das politische System sowie Interesse am politischen Geschehen und Partizipation an Entscheidungs-

und Gestaltungsprozessen die zentralen Grundlagen für ein demokratisches Zusammenleben sind, steht damit die Frage im Raum, ob Prekariisierung von Erwerbsarbeit letztlich auch das demokratische System gefährden kann.

An dieser Schnittstelle zwischen prekärer Beschäftigung und demokratiopolitisch relevanten Einstellungen und Verhaltensweisen setzt diese Studie an. Ihr Ziel bestand darin, auf sozialwissenschaftlicher Basis und mit verfügbaren Daten mögliche Einflüsse von prekären Lebens- und Arbeitsbedingungen auf die politische Kultur in Österreich zu untersuchen und deren Bedeutung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie – 99 Jahre nach Ausrufung der Ersten Republik – die Zukunft der Demokratie in Österreich zu diskutieren.

2. Methodische Vorgehensweise

Durchgeführt wurde eine Sekundärdatenanalyse der siebenten Welle des European Social Survey (ESS 7) aus dem Jahr 2014. Dies ist der aktuellste Datensatz des ESS-Programms – einer länderübergreifend und wissenschaftlich geleiteten Umfrage der empirischen Sozialforschung. Seit 2002 erfasst der ESS alle zwei Jahre die Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie unterschiedliche Einstellungen und Verhaltensmuster der europäischen Bevölkerung. Im Rahmen der siebenten Welle wurden in Österreich insgesamt 1.795 Personen in unmittelbaren Interviews befragt.³

Um der Sekundärdatenanalyse eine grundlegende Struktur zu geben und um sie möglichst gut an bestehende Forschungserkenntnisse anzuschließen, wurde sie in einen theoretischen Rahmen eingebettet. Dieser wird in Abschnitt 3 vorgestellt. In Abschnitt 4 folgen – darauf aufbauend – die für die vorliegende Studie durchgeführten Analysen. Abschnitt 5 fasst die zentralen Erkenntnisse zusammen und zieht ein Fazit.

3. Theoretischer Rahmen und bisherige Forschungserkenntnisse

Mögliche Folgen von zunehmender Deregulierung und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes auf Individuen und Gesellschaft sind seit den 1990er-Jahren Thema in den Sozialwissenschaften. Bourdieu (1998) diskutierte sie dahingehend, dass ArbeitnehmerInnen nicht nur (wieder) zunehmend ausgebeutet werden und dass Erwerbsbiografien derart instabil werden, dass eine vorausschauende Lebensplanung kaum mehr möglich ist. Darüber hinaus führen sie auf gesellschaftlicher Ebene zu weniger Verteilungsgerechtigkeit und können dadurch den gesellschaftlichen Zusam-

menhalt gefährden. Dass Veränderungen in der Arbeitswelt derart weitreichende Folgen haben können, liegt vor allem an der immer noch zentralen gesellschaftlichen Integrationsfunktion von (gesicherter) Erwerbsarbeit und erwerbsbezogener sozialer Absicherung.⁴

3.1 Zonen der gesellschaftlichen Integration

Umgekehrt bedeutet dies auch, dass Arbeit ein wirksamer Schutz vor gesellschaftlicher Desintegration ist – vorausgesetzt, sie erfüllt bestimmte Kriterien. In diesem Zusammenhang unterscheidet Castel (2009, 2000) drei Zonen der gesellschaftlichen Integration durch Erwerbsarbeit:

(1) Die Zone der Integration ist gekennzeichnet durch Erwerbstätigkeit, die eine stabile gesellschaftliche Existenz ermöglicht und soziale Sicherheit durch Schutzmaßnahmen wie z. B. Rechtsgarantien gewährleistet.

(2) Die Zone der Verwundbarkeit betrifft die Vielzahl prekärer Arbeitsverhältnisse, welche nicht nur häufig kein existenzsicherndes Einkommen ermöglichen, sondern meistens auch ein geringeres Schutzniveau aufweisen. Darunter fallen beispielsweise Zeitarbeit, Leiharbeit, geringfügige Beschäftigung, marginale und abhängige Selbstständigkeit, befristete Projektarbeit oder auch Vollerwerbsarbeit im Niedriglohnssektor (siehe hierzu auch Kim & Kurz [2003], Giesecke & Groß [2002]).

(3) In die Zone der Entkoppelung fallen schließlich all jene Gruppen, die aus dem Beschäftigungsprozess ausgeschlossen sind.

Dass diese drei Zonen nicht nur im wissenschaftlichen Diskurs und im Sinne einer „Diagnose der Erwerbsgesellschaft“, sondern auch bei den Erwerbstätigen selbst präsent sind, zeigt eine umfassende Studie aus Deutschland, die sich mit den subjektiven Verarbeitungsformen prekärer Beschäftigung auseinandergesetzt hat. Die AutorInnen verweisen dabei vor allem auf die spezifische Lage von Erwerbstätigen in der Zone der Verwundbarkeit: Während sie einerseits viel Energie mobilisieren, um den Übergang in die Zone der Integration (wieder) zu schaffen, sind diese Anstrengungen auch nötig, um einen Übergang in die Zone der Entkoppelung zu verhindern.⁵

Castels Zonenmodell stellt aus mehreren Gründen einen guten Ausgangspunkt für die in Abschnitt 4 folgenden empirischen Analysen dar: Zum einen knüpft die vorliegende Forschungsfrage direkt an die darin beschriebene, nach ihrem Prekarisierungsgrad zu unterscheidende Erwerbsgesellschaft an. Da Prekarität jedoch keinen eindeutig abgegrenzten Begriff darstellt, ist die Verwendung eines dahingehend bereits empirisch geprüften Modells von großem Vorteil für die Nachvollziehbarkeit der Analysen sowie die Gültigkeit der Ergebnisse. Schließlich trägt diese Vorgehensweise dazu bei, eine über die Zeit oder auch über unterschiedliche Länder hinweg vergleichbare Forschung zu ermöglichen.

3.2 Die Zone der Verwundbarkeit: Prekäre Beschäftigung

3.2.1 Begriffsbestimmung

Der Begriff Prekarisierung steht für die die Herauslösung von Erwerbsarbeit aus ihren institutionellen Bindungen bzw. Sicherungen. Im Allgemeinen gelten niedrige und nicht kontinuierliche Einkommen, befristete oder unabsehbare Beschäftigungsdauer, schwacher sozialer Schutz, mangelnde betriebliche Mitbestimmung sowie geringere Karriereperspektiven als zentrale Merkmale von prekärer Beschäftigung (siehe Kratzer et al. [2004], Holzinger [2001]). Die unterschiedlichen Dimensionen von Prekarität umfassen gemäß Brinkmann et al. (2006, S. 18ff) und Kraemer und Speidel (2004):

(1) eine reproduktiv-materielle Dimension: Erwerbstätigkeit gilt dann als prekär, wenn ihr Einkommen die Haupteinnahmequelle darstellt, jedoch nicht dauerhaft existenzsichernd ist. Diese Dimension umfasst außerdem Beschäftigungsunsicherheit aufgrund von befristeten Arbeitsverträgen und berufsbiografische Nachteile durch ausbildungsinadäquate Beschäftigung.

(2) eine sozial-kommunikative Dimension: Für prekäre Beschäftigung charakteristisch ist außerdem der Ausschluss von gleichberechtigter Integration in jene sozialen Netze, die sich am Arbeitsort und über die Arbeitstätigkeit herausbilden.

(3) eine rechtlich-institutionelle Dimension: Darüber hinaus schließt prekäre Beschäftigung die Erwerbstätigen zumindest tendenziell von institutionell verankerten sozialen Rechten (z. B. Kollektivvertrag, Krankengeld, Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Betriebsvereinbarungen, Mitbestimmungsmöglichkeiten, betriebliche Leistungen, oder Kündigungsschutz) aus.

(4) Status und Anerkennung: Auf gesellschaftlicher Ebene kann prekäre Beschäftigung mit einer geringeren Anerkennung bis hin zu sozialer Missachtung oder Abwertung verbunden sein.

(5) Arbeitsinhalt: Schließlich ist prekäre Beschäftigung häufig von dauerhaftem Sinnverlust (etwa im Zuge von Überqualifizierung) oder von Überidentifikation mit der Arbeit (beispielsweise in Folge von abhängiger Selbstständigkeit) begleitet.

3.2.2 Prekäre und atypische Beschäftigung in Österreich

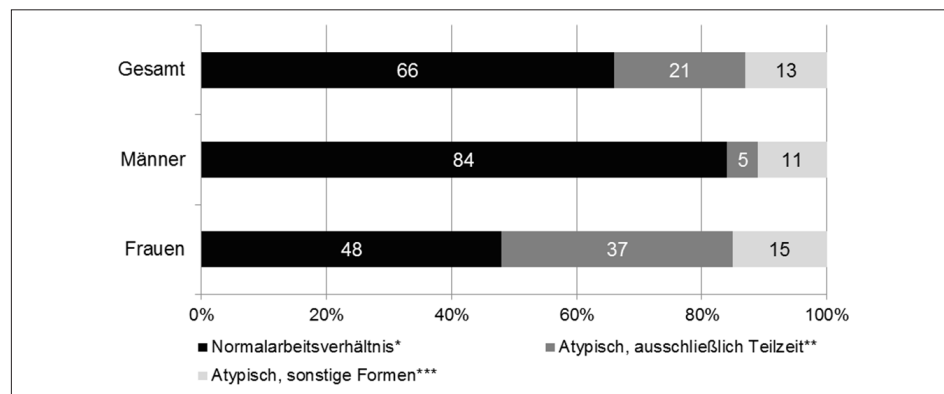
Prekäre Beschäftigung wird damit also vor allem über ihre Folgen definiert. Eindeutige bzw. allgemein anerkannte Kriterien dafür, wann eine Beschäftigung als prekär einzustufen ist, sind nicht verfügbar. Um der Frage nach dem Ausmaß an prekärer Beschäftigung in Österreich nachzugehen, muss daher auch auf einen anderen Begriff – jenen der atypischen

Beschäftigung – zurückgegriffen werden. Nur hierfür liegen verlässliche und vergleichbare Zahlen vor.

Atypische Beschäftigung umfasst Arbeitsverhältnisse, welche in unterschiedlicher Weise vom Normalarbeitsverhältnis abweichen und aufgrund dessen Prekaritätsrisiken beinhalten.⁶ In der Definition der Statistik Austria (auf diese beziehen sich die im Folgenden dargestellten Zahlen) fallen darunter geringfügige Beschäftigung, Teilzeitarbeit, Leiharbeit, Zeitarbeit, befristete Beschäftigung und freie Dienstverträge.⁷ Zu beachten ist hierbei, dass atypische Beschäftigung nicht grundsätzlich prekär ist; die beiden Begriffe sind daher nicht synonym zu verwenden. Das Prekaritätsrisiko ist bei atypischen Beschäftigungsverhältnissen jedoch deutlich höher als bei Normalarbeitsverhältnissen (für Österreich siehe hierzu z. B. Fleissner et al. [2002] und Holzinger [2001]). Gleichzeitig kann auch ein Normalarbeitsverhältnis prekär sein, z. B. eine unbefristete Vollerwerbstätigkeit mit nicht-existenzsichernder Entlohnung.

Grundsätzlich nehmen atypische – und damit häufig prekäre – Beschäftigungsverhältnisse seit den 1980er-Jahren und im Zuge der Deregulierungen und Flexibilisierungen der Arbeitsmärkte auch in Kontinentaleuropa zu (siehe O'Reilley et al. [2000], Schmied & Grazier [2000]). Für Österreich kann seit Mitte der 1990er-Jahre ein Anstieg an atypischer Beschäftigung festgestellt werden.⁸

Abbildung 1: Beschäftigungsformen unselbstständig Erwerbstätiger 2015



Quelle: Statistik Austria, Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung (Jahresdurchschnitt über alle Wochen); Knittler (2016) 416.

* Unbefristete Anstellung auf Vollzeitbasis (und keine Leiharbeit oder Freier Dienstvertrag).

** Alle unselbstständig Erwerbstätigen, die ausschließlich aufgrund ihrer Teilzeiterwerbstätigkeit (ab 12 h/Woche) als atypisch beschäftigt gelten.

*** Unselbstständig Erwerbstätige, auf die zumindest eine atypische Beschäftigungsform (freier Dienstvertrag, Leih- bzw. Zeitarbeitsverhältnis, Befristung, geringfügige Beschäftigung unter 12 h/Woche) außer der ausschließlichen Teilzeit zutrifft.

Im Jahr 2015 waren laut Knittler (2016) entsprechend den aktuell verfügbaren Zahlen der Statistik Austria 33,5% der unselbstständig Erwerbstätigen in Österreich atypisch beschäftigt. Jede/r Dritte arbeitete also Teilzeit, geringfügig, in Leiharbeit, befristet oder mit freiem Dienstvertrag. Während jedoch mehr als die Hälfte der Frauen (52,1%) atypisch beschäftigt war, galt selbiges für nur 16% der Männer. Im unterschiedlichen Erwerbsausmaß von Frauen und Männern spiegelt sich die ungleiche Verteilung von unbezahlter Arbeit: So nennen Frauen als mit Abstand häufigsten Grund für Teilzeitarbeit Kinderbetreuung, bei Männern stehen Aus- und Weiterbildung sowie die fehlgeschlagene Suche nach einer Vollzeitstelle im Vordergrund. Für Frauen ist Teilzeitarbeit darüber hinaus über die gesamte Erwerbslaufbahn hinweg relevant, auch wenn sie in den mittleren Altersgruppen aufgrund von Betreuungspflichten zunimmt. Bei Männern findet sich Teilzeitarbeit demgegenüber häufiger an den Rändern des Erwerbslebens.

Im zeitlichen Verlauf kann zwischen 2005 und 2015 ein kontinuierlicher Zuwachs an atypischen Beschäftigungsformen in Österreich festgehalten werden. Der Vergleich des Jahres 2015 mit dem Jahr 2005 zeigt darüber hinaus einen stärkeren Anstieg der atypischen Beschäftigungsformen (+37%) als der unselbstständigen Erwerbsarbeit insgesamt (+11%; siehe Tabelle 1). Dabei nahmen geringfügige Beschäftigung (+50%), Leih- und Zeitarbeit (+47%) sowie Teilzeit (+43%) besonders stark zu.

Interessant ist außerdem der Vergleich des Jahres 2015 mit 2008 – also dem Jahr, bevor die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise am österreichischen Arbeitsmarkt spürbar wurden. Hierbei zeigt sich ein Rückgang der Normalarbeitsverhältnisse um rund 72.000, bei gleichzeitiger Zunahme der atypischen Beschäftigungsverhältnisse, allen voran der Teilzeit. Diese stieg bei den Frauen (ausgehend von einem bereits hohen Niveau) um 25%, bei den Männern um 59% an. Bei den Männern nahmen im selben Zeitraum auch die unfreiwilligen Gründe für Teilzeitarbeit zu, während bei den Frauen kein krisen- bzw. konjunkturbedingter Anstieg von unfreiwilliger Teilzeitarbeit beobachtet werden konnte (siehe Knittler [2016], Teitzer [2014]).

Die sonstigen atypischen Beschäftigungsformen stiegen zwischen den Jahren 2005 und 2015 um 20% bei den Männern und um 12% bei den Frauen an. Einzig freie Dienstverträge verzeichnen in diesem Zeitraum einen starken Rückgang (minus 40%) – dies ist jedoch auf die im Jahr 2008 durchgeführten sozialrechtlichen Änderungen zurückzuführen.

Während also Teilzeitarbeit vor allem ein geschlechtsspezifisches Phänomen in Zusammenhang mit der ungleichen Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit ist, spielen bei anderen Formen atypischer Beschäftigung Faktoren wie Bildung oder Staatsbürgerschaft eine größere Rolle. So kommen Befristungen (als nach Teilzeitarbeit zweithäufigster

Tabelle 1: Beschäftigungskategorien unselbstständig Erwerbstätiger 2005 bis 2015 (in 1.000)

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	Insgesamt										
Unselbstständig Erwerbstätige	3.262,2	3.326,9	3.386,6	3.453,3	3.439,1	3.462,0	3.514,5	3.550,6	3.563,0	3.566,3	3.609,2
Normalarbeitsverhältnis*	2.376,5	2.402,8	2.447,9	2.471,3	2.416,3	2.404,4	2.432,3	2.431,7	2.419,1	2.386,1	2.398,8
Atypisch insgesamt	885,7	924,1	938,7	981,9	1.022,8	1.057,5	1.082,2	1.118,9	1.143,8	1.180,2	1.210,4
Atypisch ausschließlich Teilzeit**	527,3	558,7	562,5	580,4	620,3	637,2	647,8	682,2	705,9	722,5	747,0
Atypisch sonstige Formen***	358,5	365,5	376,2	401,5	402,5	420,4	434,5	436,8	438,0	457,7	463,3
	Männer										
Unselbstständig Erwerbstätige	1.737,7	1.769,2	1.805,8	1.825,8	1.796,5	1.802,7	1.826,2	1.837,9	1.841,4	1.832,6	1.857,9
Normalarbeitsverhältnis*	1.532,6	1.561,5	1.596,1	1.597,6	1.559,0	1.553,7	1.570,7	1.580,9	1.564,7	1.547,6	1.560,8
Atypisch insgesamt	205,1	207,7	209,6	228,2	237,5	249,0	255,5	257,0	276,8	285,0	297,1
Atypisch ausschließlich Teilzeit**	55,1	59,2	55,7	61,8	71,7	71,8	73,7	81,6	92,6	92,1	98,1
Atypisch sonstige Formen***	149,9	148,5	153,9	166,4	165,8	177,1	181,9	175,4	184,2	193,0	199,0
	Frauen										
Unselbstständig Erwerbstätige	1.524,5	1.557,7	1.580,8	1.627,4	1.642,6	1.659,3	1.688,3	1.712,7	1.721,5	1.733,7	1.751,3
Normalarbeitsverhältnis*	843,9	841,2	851,7	873,7	857,3	850,7	861,6	850,8	854,4	838,5	838,0
Atypisch insgesamt	680,6	716,5	729,1	753,7	785,3	808,6	826,7	861,9	867,1	895,1	913,3
Atypisch ausschließlich Teilzeit**	472,1	499,5	506,8	518,6	548,6	565,3	574,1	600,6	613,3	630,4	648,9
Atypisch sonstige Formen***	208,5	217,0	222,2	235,1	236,7	243,2	252,6	261,3	253,8	264,7	264,4

Quelle: Statistik Austria, Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung (Jahresdurchschnitt über alle Wochen); Knittler (2016) 416.

* Unbefristete Anstellung auf Vollzeitbasis (und keine Leiharbeit oder freier Dienstvertrag).

** Alle unselbstständig Erwerbstätigen, die ausschließlich aufgrund Teilzeitarbeit (ab 12 h/Woche) als atypisch beschäftigt gelten

*** Vollzeit- oder Teilzeiterwerbstätige, auf die zumindest eine atypische Beschäftigungsform zutrifft (freier Dienstvertrag, Leih- bzw. Zeitarbeitsverhältnis, Befristung, Teilzeit unter 12h /Woche).

Form von atypischer Beschäftigung) zwar in allen Bildungsgruppen vor, betreffen jedoch Erwerbstätige mit Universitätsabschluss überdurchschnittlich häufig. Auch freie Dienstverträge treten häufiger bei Erwerbstätigen mit höheren formalen Bildungsabschlüssen auf. Demgegenüber betrifft Leiharbeit nicht nur als einzig atypische Beschäftigungsform hauptsächlich Männer, sondern auch besonders häufig Beschäftigte mit Pflichtschulabschluss oder Lehre sowie Erwerbstätige mit ausländischen Staatsbürgerschaften.⁹

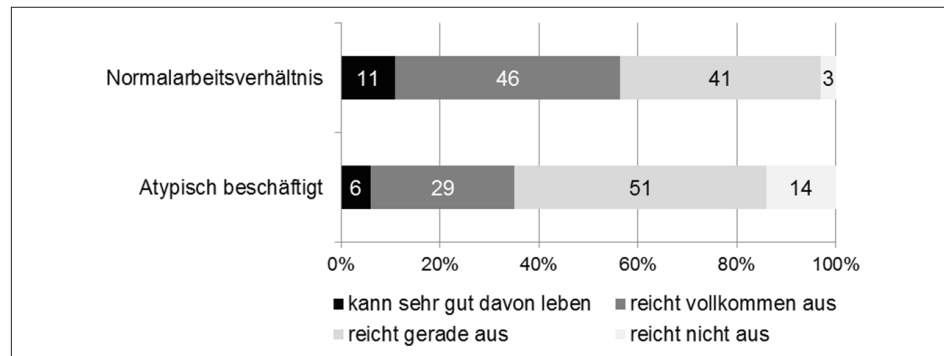
Insgesamt betrachtet sind junge Erwerbstätige häufiger atypisch beschäftigt als ihre älteren KollegInnen. Die junge Generation verfügt außerdem besonders häufig über Beschäftigungsverhältnisse, auf die mehrere Merkmale von atypischer Beschäftigung zutreffen (beispielsweise befristete Teilzeit). Schließlich trifft die jungen Erwerbstätigen auch der Umstand, dass im öffentlichen Dienst immer häufiger auf atypische Beschäftigung zurückgegriffen wird, besonders hart.¹⁰

3.2.3 Die individuelle Ebene von Prekarität

Aus individueller Perspektive wird atypische Beschäftigung nicht grundsätzlich als prekär oder unsicher wahrgenommen. Je nach Situation kann sie auch einen Gewinn an Freiheit bedeuten oder integrierend wirken, beispielsweise als Übergangssituation von Arbeitslosigkeit in Beschäftigung.¹¹ Inwieweit eine Beschäftigung von den Betroffenen selbst als prekär empfunden wird, hängt vor allem von ihrer Dauer und Freiwilligkeit ab, ebenso von Geschlecht, Alter und Bildung sowie von individuellen Bewältigungsstrategien und sozialer Eingebundenheit.¹² Die Nachteile von prekärer Beschäftigung – allen voran die geringere soziale Absicherung – betreffen überdurchschnittlich häufig Beschäftigte die über wenig Besitz, geringe formale Bildungsabschlüsse und wenig soziale Beziehungsnetze verfügen bzw. die ausländischer Herkunft und weiblich sind.¹³

Auch wenn Beschäftigungsformen, die vom Konzept der Normalarbeitszeit abweichen, nicht zwangsläufig zu prekären Lebensbedingungen führen, ist das dahingehende Risiko bei atypischer Beschäftigung auch in Österreich stark erhöht: So konnten im Jahr 2016 3% der unselbstständig Beschäftigten mit Normalarbeitsverhältnis ihren Lebensunterhalt mit ihrem Einkommen nicht bestreiten, jedoch 14% der atypisch Beschäftigten. Ebenso verfügten 57% der Beschäftigten mit Normalarbeitsverhältnis über ein Einkommen, von dem sie entweder sehr gut leben konnten oder das vollkommen ausreichend war. Bei den atypisch Beschäftigten galt selbiges nur für rund jede/n Dritte/n.

Nicht existenzsichernde Entlohnung ist ein zentraler Grund dafür, dass atypisch Beschäftigte zahlreiche Anstrengungen unternehmen, um ihre

Abbildung 2: Auskommen mit dem Einkommen in Österreich 2016

Quelle: Arbeiterkammer Oberösterreich: Arbeitsklima-Index (Eigenauswertung SORA).

prekäre Erwerbslage zu beenden. Auch die anderen, häufig mit atypischer Beschäftigung einhergehenden Unsicherheiten – Befristungen, nicht planbares Stundenausmaß, Ausschluss von institutionell verankerten Rechten oder auch geringerer gesellschaftlicher Status – spielen eine wichtige Rolle im Bestreben vieler atypisch Beschäftigter, in ein Normalarbeitsverhältnis zu wechseln. Übergänge von der Zone der Verwundbarkeit in die Zone der Integration stellen jedoch eher die Ausnahme denn die Regel dar:

Brinkmann et al. (2006, S. 59ff) berichten in diesem Zusammenhang von manchen (jungen) Leiharbeitern, die ihre prekäre Beschäftigung als Sprungbrett in ein Normalarbeitsverhältnis nutzen konnten. Der Großteil der LeiharbeiterInnen arrangiert sich jedoch früher oder später mit der bestehenden Lage und pendelt zwischen Leiharbeit und Phasen der Arbeitslosigkeit. Eine derart pragmatische Anpassung kann auch bei prekär beschäftigten Frauen beobachtet werden, die sich mit der Rolle einer in sehr geringem Stundenausmaß beschäftigten Zuverdienerin identifizieren und dabei ihre Abhängigkeit von einer Partnerschaft bzw. dem existenzsichernden Einkommen des Partners in Kauf nehmen. Diese beiden Verarbeitungsformen von prekärer Beschäftigung – Hoffnung, eines Tages den Sprung in die Normalität zu schaffen sowie Anpassung an die sich verfestigende strukturell unsichere Lebenssituation – können sowohl in der Zone der Verunsicherung als auch in der Zone der Entkoppelung identifiziert werden.

Prekäre Beschäftigung führt damit also weder zwangsläufig zu Entwurzelung oder Verarmung, noch ist sie ein vorgezeichnetes Sprungbrett in gesicherte Beschäftigung. Ihr tatsächliches Integrationspotenzial wird jedoch als gering eingeschätzt, da es sich vielfach aus der individuellen Hoffnung speist, doch noch den Anschluss an die Zone der Integration zu finden. Die dafür laufend mobilisierten individuellen Ressourcen dienen

faktisch jedoch vor allem der Anpassung an die gegebene, instabile Situation bzw. der Verhinderung eines Abstieges in die Zone der Entkoppelung (siehe Dörre [2012], Castel & Dörre [2009]).

3.2.4 Die betriebliche und gesellschaftliche Ebene von Prekarität

Prekäre Beschäftigung und ihre Folgen betreffen nicht nur die prekär Beschäftigten selbst. Auswirkungen können sowohl in den einzelnen Betrieben als auch in der Gesellschaft insgesamt beobachtet werden.

Treffen in den Betrieben Stammebelegschaften und LeiharbeiterInnen, freie DienstnehmerInnen, WerkvertragnehmerInnen oder befristete Anstellungen aufeinander, erfahren erstere nicht nur unmittelbar ihre Ersetzbarkeit. Dass die neuen KollegInnen wesentlich instabilere Arbeitsbedingungen in Kauf nehmen (müssen), erzeugt bzw. verstärkt bei der Stammebelegschaft Ängste vor einer Verschlechterung der eigenen Arbeitsbedingungen, vor Arbeitsplatzverlust und in der Folge vor sozialem Abstieg.¹⁴

Dies kann vor allem dann beobachtet werden, wenn Unternehmen LeiharbeiterInnen, freie DienstnehmerInnen, WerkvertragnehmerInnen oder befristete Anstellungen systematisch einsetzen, beispielsweise um langfristige Sicherheit für ihre Rendite zu erreichen. Die damit einhergehende stärkere Verflechtung der Beschäftigtengruppen setzt Prozesse in Gang, die über die prekäre Position der atypisch Beschäftigten letztlich auch die Stammebelegschaften stärker an die Arbeitsmarktentwicklungen binden.¹⁵

In ähnlicher Weise beschreibt Dörre (2010) Prekarisierung als einen sozialen Prozess, der auf betrieblicher sowie auf gesellschaftlicher Ebene ein Macht- und Kontrollsystem (siehe hierzu auch Foucault 2000) einrichtet und damit auf unterschiedlichen, miteinander korrespondierenden Ebenen „disziplinierend“ wirkt:

So üben LeiharbeiterInnen, freie DienstnehmerInnen, WerkvertragnehmerInnen oder befristete Anstellungen Druck auf die Stammebelegschaften aus – die zentralen Gründe hierfür sind die unmittelbare Konkurrenz zwischen den unterschiedlichen Beschäftigtengruppen und die daraus entstehenden Statusängste auf Seiten der Stammebelegschaften. Die Zone der Verwundbarkeit wirkt außerdem über die Aushebelung bestehender Standards auf die Zone der Integration zurück: Im Zuge der Verteidigung ihres Status machen die Stammebelegschaften immer wieder Zugeständnisse in Bezug auf Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen oder Entlohnung. Prekarisierungsprozesse sind damit in der Zone der Integration nicht nur als diffuses Bedrohungsgefühl, sondern auch durch tatsächliche Verschlechterungen der Arbeits- und Lebensbedingungen wirksam. Gleichzeitig „disziplinieren“ die Stammebelegschaften ihre prekär beschäftigten KollegIn-

nen, die sich bei jedem Einsatz die Anerkennung der Belegschaft (und der Vorgesetzten) neu erkämpfen müssen (siehe Dörre [2012], Brinkmann et al. [2006], Heitmeyer & Imbusch [2005]).

Mit diesem „Disziplinierungskreislauf“ einher gehen auch die ambivalenten Einstellungen der Stammbeslegschaften gegenüber prekär beschäftigten KollegInnen. In einer Untersuchung von Holst & Matuschek (2011) vertraten beispielsweise 62% der befragten ArbeiterInnen und Angestellten die Ansicht, dass LeiharbeiterInnen dem Betrieb eine flexible Reaktion auf die Anforderungen des Marktes ermöglichen. Ebenso waren jedoch 42% der Meinung, dass Leiharbeit vor allem genutzt wird, um Konkurrenz in die Betriebe zu bringen. Die Forschung zeigt in diesem Zusammenhang außerdem, dass die Solidarität der Stammbeslegschaften mit ihren prekär beschäftigten KollegInnen rapide abnimmt, sobald erstere ihre eigene Beschäftigungssicherheit als bedroht wahrnehmen.¹⁶

Disziplinierung kann jedoch nicht nur zwischen den unterschiedlichen Beschäftigtengruppen beobachtet werden. Unter den prekär Beschäftigten führen vor allem die geringen Chancen einer dauerhaften Übernahme bzw. der damit einhergehende Wettbewerb zu Selbstdisziplinierung. Ähnliches zeigt sich bei den Stammbeslegschaften: Aufgrund der zunehmenden Konkurrenz müssen auch sie immer wieder ihre Qualifikation für das unbefristete Arbeitsverhältnis unter Beweis stellen (siehe Dörre [2012], Brinkmann et al. [2006]).

In diesem Zusammenhang verwies Heitmeyer bereits 1997 darauf, dass die Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse neue gesellschaftliche Integrationsformen mit sich bringt: Anstelle der Integration über Teilhabe an Bildung, Wohlstand, sozialer Sicherung und demokratischen Prozessen wird zunehmend Integration über marktabhängige Disziplinierungsmechanismen treten. Auf Seiten der Beschäftigten lässt die zunehmende Unsicherheit und Konkurrenz im Erwerbsleben bzw. die damit einhergehende, ständig notwendige Ressourcenmobilisierung und Selbstmaximierung auch immer weniger Energie für individuellen Widerstand oder kollektiven Protest übrig.¹⁷ Dies geht in allen Zonen der gesellschaftlichen Integration mit dem Anstieg des Anteils „gefügiger“ Arbeitskräfte (Boltanski & Chiapello [2003]) und – auf gesellschaftlicher Ebene – mit einer weiteren Machtverschiebung von der Arbeit hin zu Kapital einher.¹⁸ Diese mit der zunehmenden Prekarisierung der Arbeitswelt zusammenhängenden Prozesse berühren also auch die Strukturen bzw. Funktionsweisen des politischen Systems. Ob bzw. in welchem Ausmaß sich Prekarisierungsprozesse nun auf zentrale Aspekte der politischen Kultur in Österreich auswirken, zeigen die folgenden Ausführungen.

3.3 Prekarisierungsprozesse und politische Kultur

Die bisherige Forschung verweist bereits darauf, dass sich ökonomische Entwicklungen und Veränderungen in den Strukturen des Arbeitslebens auch auf das politische System auswirken (zusammenfassend z. B. Butterwegge & Hentges [2008]); dies allen voran deshalb, weil in Lohnarbeitsgesellschaften die gesellschaftliche Integration zu großen Teilen über Erwerbsarbeit oder erwerbsbezogene soziale Absicherung erfolgt. Auch die soziale Position hängt in beträchtlichem Ausmaß von Berufstätigkeit ab. Umbrüche in der Erwerbsarbeit betreffen somit den Kern der gesellschaftlichen Integration und sind entsprechend tiefgehend und nachhaltig.

Zusammenhänge zwischen Umbrüchen im Erwerbsleben und politischen Einstellungsmustern bzw. Handlungen konnte die Marienthal-Studie (Jahoda et al. [1975]) bereits 1933 festhalten. Im Rahmen dieser sozialwissenschaftlichen Arbeit haben ForscherInnen die nach Schließung einer Textilfabrik arbeitslos gewordenen ArbeiterInnen über mehrere Monate hinweg begleitet. Mit der Dauer der Arbeitslosigkeit ging damals die Abnahme der anfangs noch zahlreichen Aktivitäten und eine Entpolitisierung des Dorfes einher. So konnten zwar weiterhin Akte der Solidarität und Hilfsbereitschaft beobachtet werden, dennoch war „der Rückfall von der höheren kulturellen Stufe der politischen Auseinandersetzung auf die primitivere der individuellen gegenseitigen Gehässigkeiten fast aktenmäßig zu belegen“ (ebendort, S. 61).

Die aktuellere Forschung befasst sich vor allem mit Zusammenhängen zwischen Prekarisierungsprozessen und rechtspopulistischen Orientierungen. Brinkmann et al. (2006) fanden dahingehend bei über einem Drittel ihrer InterviewpartnerInnen relativ konsistente Einstellungsmuster: Vorurteile und Feindseligkeiten gegenüber ausländischen MitbürgerInnen bzw. KollegInnen gingen dabei einher mit einer Hervorhebung der eigenen nationalen Zugehörigkeit und mündeten dementsprechend in einer klaren Abgrenzung von „den anderen“. Dieses Muster, das in allen drei Zonen der gesellschaftlichen Integration beobachtet wurde, hängt wiederum mit unterschiedlichen Erfahrungen am Arbeitsmarkt zusammen:

So trat es besonders häufig bei ArbeitnehmerInnen auf, die Flexibilisierung als negativ erleben und sich gleichzeitig politisch nicht (mehr) repräsentiert fühlen. Ebenso konnte es vermehrt in Zusammenhang mit den Verschiebungen bei der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung beobachtet werden – bei Männern, die ihre Rolle als Alleinernährer nicht (mehr) erfüllen können, dieser Rolle jedoch einen hohen Stellenwert beimessen; und bei Frauen, die ihre Zeit lieber ihren Kindern als einer mit schwierigen Arbeitsbedingungen und geringer Entlohnung verbundenen Zuverdienerin-Erwerbstätigkeit widmen würden. In den höher qualifizierten Segmenten des Arbeitsmarktes findet sich das beschriebene Einstellungsmuster

vor allem bei entgrenzter Arbeit, die mit hohem Leistungsdruck und ständiger Selbstdisziplinierung einhergeht. In Produktionsbetrieben manifestiert es sich schließlich häufig im Zuge von Statuskonflikten zwischen unterschiedlichen Gruppen von ArbeiterInnen.¹⁹

Nicht nur die arbeitsweltlichen Erfahrungen, die mit rechtspopulistischen Einstellungsmustern korrespondieren, sind vielfältig. Auch die den Einstellungsmustern zugrundeliegenden Motive und Interessenslagen sind unterschiedlich:

Die rebellische Variante rechtspopulistischer Einstellungsmuster tritt vor allem in der Zone der Verwundbarkeit und der Zone der Entkoppelung auf. Hier führen zunehmende Resignation und übergreifende Unkontrollierbarkeit zu einem emotionalen Gemisch aus Enttäuschung und Wut, welches in der Ablehnung von „denen da oben“ bzw. „den anderen“ mündet.

Die konservierende Variante rechtspopulistischer Einstellungsmuster betrifft v. a. die Zone der Integration bzw. jene formal (noch) integrierten Beschäftigten, die ihren sozialen Abstieg vor Augen haben oder befürchten. Die Einstellungsmuster werden in diesem Zusammenhang als Mittel in der Konkurrenz um Ressourcen und gesellschaftlichen Status interpretiert.

Auch die konformistische Variante rechtspopulistischer Einstellungsmuster findet sich größtenteils in der Zone der Integration. Sie betrifft jene Beschäftigten, die sich in besonders hohem Ausmaß mit den vom Markt diktierten Normen identifizieren, gleichzeitig jedoch unter dem zunehmenden Leistungs- und Anpassungsdruck leiden. Den Druck, den sie selbst erfahren, formulieren sie in der Folge als Anforderung an andere Menschen, ebenfalls entsprechend zu „leisten“ oder „sich anzupassen“.

Diese drei Varianten rechtspopulistischer Einstellungsmuster teilen ihre zentrale Funktion: Sie dienen einer (vermeintlichen) Integration bzw. Reintegration in die Gesellschaft, wobei diese in allen beschriebenen Fällen auf Basis des Ausschlusses anderer erfolgt. Auf psychologischer Ebene kommt hierbei ein sehr grundlegendes menschliches Bedürfnis – jenes nach Zugehörigkeit und einer positiven sozialen Identität – zum Ausdruck. Dieses Bedürfnis speist sich aus der Mitgliedschaft in Gruppen (Familie, Freundeskreis, Vereine, Arbeitskollektive, etc.), die einerseits Wertschätzung geben, andererseits sowohl von ihren Mitgliedern als auch im gesellschaftlichen Rahmen wertgeschätzt werden. Werden relevante Zugehörigkeiten erschüttert (z. B. bei Arbeitsplatzverlust) oder geht mit ihnen eine nur unzureichende Ankerkennung einher (z. B. im Falle von LeiharbeiterInnen oder Zuverdienerinnen), beeinträchtigt dies gemeinsam mit der gesellschaftlichen Integration auch die Selbstwahrnehmung. Der Fokus auf Differenzen zwischen Gruppen gilt in diesem Zusammenhang als eine Möglichkeit, unsichere Situationen zu interpretieren. Diese Strategie kann vor allen dann beobachtet werden, wenn die soziale Identität, der eigene

Status oder der Status relevanter Bezugsgruppen unklar oder gefährdet sind.²⁰

Auch Butterwegge & Hentges (2008) bzw. Flecker (2008) fanden in ihrer Studie (SIREN), die sie in acht europäischen Ländern (u. a. in Österreich) durchgeführt haben, eindeutige Verbindungen zwischen den Veränderungen in der Arbeitswelt und der Nähe zu rechtspopulistischen Orientierungen. Die von ihnen in diesem Zusammenhang identifizierten relevanten Erfahrungen und Verhaltensmuster ähneln dabei jenen von Brinkmann et al. (2006) bzw. Dörre (2007): Ungerechtigkeitsempfinden und Enttäuschungen, z. B. infolge von entwerteten Qualifikationen und Erfahrungen oder nicht anerkanntem Engagement; Unsicherheiten in Zusammenhang mit prekärer Beschäftigung, sozialem Abstieg, Abstiegsängsten oder Machtlosigkeit; ein entlang der Identifikation mit dem neoliberal-kapitalistischen System bestehendes sozialdarwinistisches Welt- und Menschenbild.

In diesem Zusammenhang verweist auch die sozialpsychologische Forschung darauf, dass zunehmende autoritäre Einstellungen und ein steigendes Bedürfnis nach Eindeutigkeit Reaktionen auf Unsicherheit bzw. Ausdruck von Unsicherheitsreduktion sein können. Dabei treten diese Muster relativ unabhängig vom bereits bestehenden Ausmaß an autoritären Einstellungen auf, und ihnen können unterschiedliche Erfahrungen zugrunde liegen. Der Kontext dieser Erfahrungen ist jedoch ähnlich: Sie finden in einer sozialen Umgebung statt, die zunehmend als bedrohlich und/oder konkurrenzgetrieben wahrgenommen wird (siehe u. a. Feldman [2013], Onraet & Van Hiel [2013], Hogg [2007], Stenner [2005]).

SIREN zeigte jedoch auch, dass autoritäre, nationalistische und/oder fremdenfeindliche Reaktionen nur ein Weg im Umgang mit den Umbrüchen in der Erwerbsarbeit sind. Die AutorInnen stießen ebenso auf solidarische Reaktionen bzw. wandte sich ein weiterer Teil der Interviewten vom politischen Geschehen insgesamt ab.²¹ In Ländern wie Österreich ist es bislang dennoch allen voran rechtspopulistischen bzw. rechtsextremen Parteien gelungen, jene Lücke zu nutzen, die die sozioökonomischen Umbrüche der letzten Jahrzehnte hinterließen.²²

4. Sekundärdatenanalyse zu den Auswirkungen prekärer Lebens- und Arbeitsbedingungen auf die politische Kultur in Österreich

Die drei von Castel (2000) definierten und in Abschnitt 3.1 bereits kurz vorgestellten Zonen der gesellschaftlichen Integration dienen als Ausgangspunkt für die empirische Analyse der Frage, inwieweit sich prekäre Lebens- und Arbeitsbedingungen auf die politische Kultur in Österreich

auswirken. Auf dieses empirisch bereits überprüfte Zonenmodell wird u. a. zurückgegriffen, um die Nachvollziehbarkeit der Analysen und die Gültigkeit der Ergebnisse zu gewährleisten. Dies ist im vorliegenden Fall besonders relevant, da Prekarität (noch) kein eindeutig definierter oder abgegrenzter Begriff ist.

In einem ersten Schritt wurden also die drei Zonen mit den Daten des European Social Survey aus dem Jahr 2014 (ESS 7) für Österreich rekonstruiert. Im Folgenden stehen zunächst auch die empirischen Ergebnisse zu den drei Zonen der gesellschaftlichen Integration in Österreich im Mittelpunkt. Danach werden die Zusammenhänge der drei Zonen mit innerbetrieblicher Partizipation und gewerkschaftlicher Vertretung vorgestellt. Das Hauptaugenmerk der Analysen betrifft schließlich die Zusammenhänge der drei Zonen mit der politischen Kultur.

4.1 Die drei Zonen gesellschaftlicher Integration in Österreich

Über die Zugehörigkeit zu einer der drei Zonen entscheidet das Ausmaß an Eingebundenheit in Arbeit in Kombination mit dem Ausmaß an Eingebundenheit in Beziehungsnetze: Während die Zone der Integration eine gesicherte Beschäftigung und stabile soziale Netze voraussetzt, umfasst die Zone der Verwundbarkeit jegliche Art von prekärer Beschäftigung und brüchiger werdende Beziehungen. Von Arbeit und sozialen Netzwerken weitgehend ausgeschlossene Menschen bilden die Zone der Entkopplung (Tabelle 2). Dass Castel (2000) in die Definition seiner Zonen nicht nur erwerbsbezogene, sondern auch soziale Indikatoren mit einbezieht, trägt dem Umstand Rechnung, dass prekäre Erwerbsarbeit und prekäre Lebensbedingungen in einer engen Wechselbeziehung zueinander stehen.

Tabelle 2: Zonen gesellschaftlicher Integration

	Integration durch Arbeit	Integration durch Beziehungsnetzwerke
Zone der Integration	stabile Beschäftigung	solide Verankerung
Zone der Verwundbarkeit	prekäre Beschäftigung	brüchige Beziehungen
Zone der Entkopplung	Ausschluss von Arbeit	soziale Isolation

Quelle: Brinkmann et al. (2006), Castel (2000).

4.1.1 Operationalisierung der Zonen

Um die drei Zonen der gesellschaftlichen Integration (Castel 2000) mit den Daten des ESS 7 sowohl inhaltlich möglichst passend als auch methodisch möglichst trennscharf zu reproduzieren, wurden unterschiedliche Indikatoren bzw. Kombinationen von Indikatoren für ihre Operationalisie-

rung herangezogen. Dabei wurde der Bereich „Integration durch Arbeit“ mit Hilfe folgender Indikatoren operationalisiert:

- Erwerbsstatus,
- Erwerbsausmaß (Stunden lt. Arbeitsvertrag),
- befristeter Arbeitsvertrag,
- Haupteinkommensquelle: Sozialleistungen,
- Armutsgefährdung (berechnet entsprechend der Vorgaben der Statistik Austria (2016)).²³

Für den Bereich „Integration durch Beziehungsnetzwerke“ wurde wiederum aus den folgenden drei Merkmalen ein Indikator für das Ausmaß an Integration berechnet:

- Wie häufig werden FreundInnen, Verwandte, KollegInnen getroffen?
- Mit wie vielen Menschen können intime und persönliche Angelegenheiten zu besprochen werden?
- Wie häufig wird im Vergleich zu anderen an sozialen Aktivitäten teilgenommen?

Die drei Zonen der gesellschaftlichen Integration wurden schließlich aus folgenden Indikatorenkombinationen gebildet:

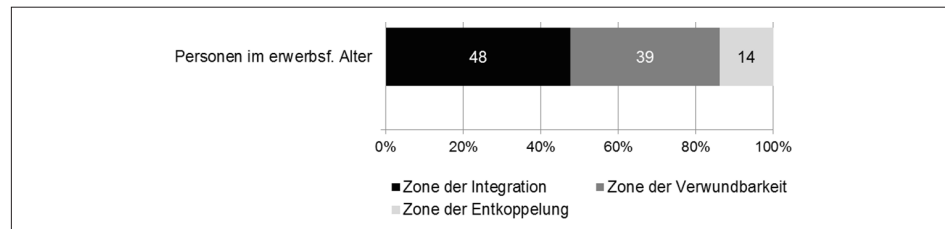
Tabelle 3: Operationalisierung der drei Zonen

	Kombination der Indikatoren	
	Integration durch Arbeit	Integration durch Beziehungsnetzwerke
Zone der Integration	Vollzeit erwerbstätig unbefristete Beschäftigung nicht armutsgefährdet	sehr gut bis gut
Zone der Verwundbarkeit	Vollzeit + armutsgefährdet Teilzeit befristete Beschäftigung	gut bis weniger gut
Zone der Entkoppelung	arbeitslos und/oder armutsgefährdet Sozialleistungen = Haupteinkommensquelle	kaum bis gar nicht

Quelle: eigene Auswahl und Berechnung (Datensatz ESS 7 für Österreich).

Innerhalb der Befragten im erwerbsfähigen Alter – also Männer von 15 bis 65 Jahren und Frauen von 15 bis 60 – ist in Österreich knapp die Hälfte (48%) der Menschen zur Zone der Integration, 39% zur Zone der Verwundbarkeit und 14% zur Zone der Entkoppelung zu zählen.

Entsprechend ihrer Definition weist die Zone der Entkoppelung eine besonders geringe Erwerbsquote auf: Nur rund jede/r Vierte ist erwerbstätig, während mehr als die Hälfte arbeitslos oder arbeitssuchend ist. Dementsprechend hoch ist die Armutsgefährdung: Sie betrifft zwei Drittel der Men-

Abbildung 3: Verbreitung der drei Zonen in Österreich

Anm.: $n = 1.337$.

schen in der Zone der Entkoppelung. Hinzu kommt, dass Erwerbstätigkeit in dieser Zone kein existenzsicherndes Einkommen ermöglicht: 9 von 10 Erwerbstätige sind trotz ihrer Beschäftigung armutsgefährdet, und praktisch alle Erwerbstätigen in der Zone der Entkoppelung kommen mit ihrem Einkommen kaum oder gar nicht aus. Charakteristisch für die Erwerbsverläufe der Menschen in der Zone der Entkoppelung sind außerdem längere Phasen von Arbeitslosigkeit: Rund zwei Drittel von ihnen hatten im Laufe ihres Erwerbslebens zumindest eine arbeitslose Periode von mehr als drei Monaten. Hinzu kommt, dass die Menschen in der Zone der Entkoppelung wenig soziale Kontakte haben und kaum an sozialen Aktivitäten teilnehmen. Ebenso fehlen ihnen Menschen, mit denen sie über persönliche Dinge sprechen können.

Tabelle 4: Erwerbsquote, Arbeitslosigkeit und Armutsgefährdung

	Zone		
	Integration	Verwundbarkeit	Entkoppelung
Erwerbsquote	74	84	24
arbeitslos/arbeitssuchend	–	–	55
arbeitslose Periode >3 Monate	18	20	68
Armutsgefährdung	–	33	67
n (ungewichtet)	632	525	180

Anm.: Angaben in Prozent der Befragten im erwerbsfähigen Alter.

Die Zone der Integration setzt sich aus all jenen Menschen im erwerbsfähigen Alter zusammen, die einer abgesicherten Beschäftigung nachgehen oder – sofern sie noch in Ausbildung, bereits in Pension oder derzeit karenziert sind – über gesicherte finanzielle Mittel verfügen. Alle sind außerdem gut in soziale Netze integriert. Die Zone der Verwundbarkeit ist schließlich von atypischen Beschäftigungsformen geprägt: Nicht ganz die Hälfte der Menschen in dieser Zone ist Teilzeit beschäftigt, rund jede/r Zehnte geringfügig. Mit 17% kommen auch befristete Beschäftigungen

häufig vor. Ebenso in der Zone der Verwundbarkeit befinden sich Vollzeit erwerbstätige Menschen, deren Erwerbstätigkeit kein existenzsicherndes Einkommen gewährt. Im Vergleich mit den armutsgefährdeten Erwerbstätigen in der Zone der Entkoppelung sind jene in der Zone der Verwundbarkeit jedoch nicht sozial isoliert.

Tabelle 5: Atypische Beschäftigung in den drei Zonen

	Zone		
	Integration	Verwundbarkeit	Entkoppelung*
Teilzeit insgesamt (<35 Stunden)	5,4	46,0	
Teilzeit 12 bis 34 Stunden	5,4	36,7	
geringfügig (<12 Stunden)		9,3	
befristeter Arbeitsvertrag	0	16,9	
n (ungewichtet)	465	445	46

Anm.: Angaben in Prozent der erwerbstätigen Befragten im erwerbsfähigen Alter.

* Mit $n = 46$ ist die Anzahl der erwerbstätigen Befragten innerhalb der Zone der Entkoppelung zu gering, um sie hier gesondert auszuweisen.

4.1.2 Risikofaktoren

Die bisherigen Ausführungen weisen bereits darauf hin, dass nicht alle gesellschaftlichen Gruppen gleichermaßen in den drei Zonen der gesellschaftlichen Integration vertreten sind. Im Folgenden werden jene soziodemographischen bzw. erwerbsbiografischen Faktoren identifiziert, die das Risiko in die Zone der Verwundbarkeit bzw. in die Zone der Entkoppelung zu fallen, erhöhen.²⁴

- Die Zone der Verwundbarkeit: Zwei Faktoren erhöhen die Wahrscheinlichkeit, in die Zone der Verwundbarkeit zu fallen, in besonders hohem Ausmaß: zum einen länger als drei Monate dauernde Phasen der Arbeitslosigkeit im bisherigen Erwerbsverlauf, zum anderen die Kombination Frauen mit Kindern unter sechs Jahren.

Darüber hinaus gehen Kinder unter sechs Jahren und das (weibliche) Geschlecht auch unabhängig voneinander mit einer höheren Wahrscheinlichkeit einher, in die Zone der Verwundbarkeit zu fallen. Gemeinsam mit einem erhöhten Risiko für AlleinerzieherInnen (überwiegend Frauen) trifft die Zone der Verwundbarkeit also besonders häufig Frauen. Dies liegt allen voran an der hohen Teilzeitquote von Frauen in Österreich (37% – siehe Abb. 1), welche wiederum die ungleiche Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern spiegelt.

Unabhängig vom Geschlecht stellen Beeinträchtigungen der psychischen Gesundheit einen weiteren Risikofaktor in Hinblick auf die Zone der Verwundbarkeit dar. Dies trifft vor allem dann zu, wenn psychische Beein-

trächtigungen gemeinsam mit längeren arbeitslosen Phasen einhergehen.

Schließlich spiegelt sich eine weitere Ebene struktureller Ungleichheit darin, dass Menschen mit Migrationshintergrund ein erhöhtes Risiko aufweisen, in die Zone der Verwundbarkeit zu gelangen. Sie sind – auch unabhängig von ihrem Geschlecht und ihren formalen Bildungsabschlüssen – häufiger atypisch bzw. prekär beschäftigt.

Auffallend ist, dass die Risikofaktoren für die Zone der Verwundbarkeit unabhängig von den formalen Bildungsabschlüssen auftreten bzw. dass formale Bildungsabschlüsse keinen Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit haben, in die Zone der Verwundbarkeit zu gelangen. Eine Erklärung hierfür ist der hohe Anteil an Frauen mit (jüngeren) Kindern in der Zone der Verwundbarkeit – Kinder führen bei Frauen in allen Bildungsgruppen nach

Tabelle 6: Risikofaktoren für die Zone der Verwundbarkeit (Ergebnis des Logistischen Regressionsmodells)

	B	S.E.	Exp(B)
Geschlecht	–1,866	* 0,492	0,155
Alter	0,107	0,092	1,112
formale Bildung max. Pflichtschulabschluss	0,161	0,461	1,175
Migrationshintergrund	–0,518	* 0,196	0,596
Kinder unter 6 Jahren im Haushalt	–2,869	* 0,747	0,057
alleinerziehend	–1,031	* 0,497	0,356
arbeitslose Periode >3 Monate	2,840	* 0,243	17,110
physische Gesundheitsprobleme	–0,014	0,130	0,987
psychische Gesundheitsprobleme	0,344	* 0,094	1,411
finanzielle Schwierigkeiten Herkunftsfamilie	–0,020	0,077	0,981
Geschlecht * Kinder unter 6 Jahren	1,928	* 0,508	6,873
arbeitslose Periode >3 Monate * physische Gesundheit	0,034	0,143	1,035
arbeitslose Periode >3 Monate * psychische Gesundheit	–0,357	0,101	0,700
Migrationshintergrund * max. Pflichtschule	–0,922	0,520	0,398
Konstante	–1,059	1,520	0,347
Nagelkerke's $R^2 = 0,37$			

Anm.: n (ungewichtet) = 1157; * signifikant bei mind. $p = 0,05$.

Nagelkerkes R^2 gibt an, welcher Anteil an Varianz der abhängigen Variable durch das Modell (die gewählten unabhängigen Variablen insgesamt) erklärt wird.

Der Regressionskoeffizient B gibt an, welcher Anteil an Varianz der abhängigen Variable durch jede einzelne unabhängige Variabel erklärt wird.

Das Exp(B) geben (als entlogarithmierte B bzw. *Odd ratios*) Auskunft über den Einfluss jeder unabhängigen Variable auf die abhängige Variable. Dabei bedeutet Exp(B) = 1 keinen Zusammenhang, Exp(B) > 1 einen positiven Zusammenhang und Exp(B) < 1 einen negativen Zusammenhang.

wie vor zu einer Zunahme der traditionell geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung (für Wien: Zandonella et al. [2010]). Aufgrund ihrer Zusammensetzung überwiegen in der Zone der Verwundbarkeit auch die mit Teilzeitbeschäftigungen zusammenhängenden Faktoren. Werden jedoch befristete Beschäftigungen gesondert betrachtet, zeigt sich, dass diese sowohl Menschen mit Pflichtschulabschluss als auch (junge) Menschen mit Universitätsabschluss häufiger betreffen. (Die Fallzahl ist hier bereits sehr gering, dieses Ergebnis entspricht jedoch den von der Statistik Austria veröffentlichten Arbeitsmarktzahlen; siehe Knittler [2016]).

- Die Zone der Entkoppelung: In der Zone der Entkoppelung kumulieren unterschiedlichste Exklusionserfahrungen, wobei unter den verfügbaren soziodemografischen und erwerbsbiografischen Aspekten auch in Hin-

**Tabelle 7: Risikofaktoren für die Zone der Entkoppelung
(Ergebnis des Logistischen Regressionsmodells)**

	B	S.E.	Exp(B)
Geschlecht	0,264	0,579	1,303
Alter	-0,145	0,138	0,865
formale Bildung max. Pflichtschulabschluss	-1,192	* 0,380	0,304
Migrationshintergrund	1,378	0,726	3,965
Kinder unter 6 Jahren im Haushalt	1,441	1,063	4,227
alleinerziehend	-1,391	* 0,397	0,249
arbeitslose Periode >3 Monate	-5,437	* 1,223	0,004
physische Gesundheitsprobleme	0,031	0,090	1,031
psychische Gesundheitsprobleme	-0,061	0,062	0,941
finanzielle Schwierigkeiten Herkunftsfamilie	0,103	0,147	1,108
Geschlecht * Kinder unter 6 Jahren	-1,159	0,625	0,314
Migrationshintergrund * max. Pflichtschule	0,639	0,527	1,894
arbeitslose Periode >3 Monate * physische Gesundheit	0,022	0,137	1,022
arbeitslose Periode >3 Monate * psychische Gesundheit	0,217	* 0,089	1,242
MH * finanzielle Schwierigkeiten in Herkunftsfamilie	-0,491	* 0,188	0,612
Konstante	0,264	0,579	1,303
Nagelkerke's $R^2 = 0,39$	-0,145	0,138	0,865

Anm.: n (ungewichtet) = 705; * signifikant bei mind. $p = 0,05$.

Nagelkerke's R^2 gibt an, welcher Anteil an Varianz der abhängigen Variable durch das Modell (die gewählten unabhängigen Variablen insgesamt) erklärt wird.

Der Regressionskoeffizient B gibt an, welcher Anteil an Varianz der abhängigen Variable durch jede einzelne unabhängige Variable erklärt wird.

Das $\text{Exp}(B)$ geben (als entlogarithmierte B bzw. Odd ratios) Auskunft über den Einfluss jeder unabhängigen Variable auf die abhängige Variable. Dabei bedeutet $\text{Exp}(B) = 1$ keinen Zusammenhang, $\text{Exp}(B) > 1$ einen positiven Zusammenhang und $\text{Exp}(B) < 1$ einen negativen Zusammenhang.

blick auf die Zone der Entkoppelung längere arbeitslose Phasen das größte Risiko darstellen. Darüber hinaus haben AlleinerzieherInnen (überwiegend Frauen) eine erhöhte Wahrscheinlichkeit, in die Zone der Entkoppelung zu fallen. Selbiges gilt für Menschen mit maximal Pflichtschulabschluss – im Gegensatz zur Zone der Verwundbarkeit hat die formale Bildung auf die Zone der Entkoppelung also direkten Einfluss.

Menschen mit Migrationshintergrund haben demgegenüber kein insgesamt höheres Risiko für die Zone der Entkoppelung. Für sie zeigt sich jedoch ein generationenübergreifendes Phänomen: Sind sie in Familien mit finanziellen Schwierigkeiten aufgewachsen, haben sie eine höhere Wahrscheinlichkeit, auch selbst in die Zone der Entkoppelung zu geraten und damit die Exklusion ihrer Herkunftsfamilie fortzusetzen.

Schließlich ergibt die Kombination aus einer beeinträchtigten psychischen Gesundheit und längeren arbeitslosen Phasen einen weiteren Risikofaktor in Hinblick auf die Zone der Entkoppelung.

4.2 Auswirkungen auf Mitbestimmung und Interessenvertretung

Atypische Beschäftigung bedeutet in ihrer prekären Ausprägung nicht nur Unsicherheit in Bezug auf Erwerbstätigkeit, Erwerbsausmaß oder Einkommen. Den bisherigen Forschungsergebnissen entsprechend (siehe Abschnitt 3.2.1) gehen mit atypischen Beschäftigungen häufig auch eine geringere innerbetriebliche Mitbestimmung und eine schwächere Interessenvertretung einher.

Dies bestätigen die Daten des ESS 7 auch für Österreich: Beschäftigte in der durch atypische bzw. prekäre Beschäftigungsformen geprägten Zone der Verwundbarkeit haben mit 20% doppelt so häufig keinerlei Einfluss auf ihre Arbeitsorganisation wie Beschäftigte in der Zone der Integration. Ebenso hat rund die Hälfte der Beschäftigten in der Zone der Verwundbar-

Tabelle 8: Innerbetriebliche Mitbestimmung und gewerkschaftliche Vertretung

	Zone		
	Integration	Verwundbarkeit	Entkoppelung*
keinen Einfluss auf Arbeitsorganisation	10	21	
keinen Einfluss auf Entscheidungen	34	52	
Gewerkschaftsmitglied	33	18	
<i>n</i> (ungewichtet)	465	445	46

Anm.: Angaben in Prozent der Erwerbstätigen im erwerbsfähigen Alter; signifikante Unterschiede ($p < 0,05$) zwischen den Zonen in allen drei genannten Bereichen.

* Mit $n = 46$ ist die Anzahl der erwerbstätigen Befragten innerhalb der Zone der Entkoppelung zu gering, um sie hier gesondert auszuweisen.

keit keinen Einfluss auf unternehmensbezogene Entscheidungen, selbiges gilt für ein Drittel und damit für signifikant weniger Beschäftigte in der Zone der Integration.

Wird der Anteil an Gewerkschaftsmitgliedern als Gradmesser für die Stärke der kollektiven Interessenvertretung einer Beschäftigtengruppe herangezogen, erweist sich die Vertretung der Beschäftigten in der Zone der Verwundbarkeit als wesentlich schwächer als jene der Beschäftigten in der Zone der Integration: Während in Letzterer jede/r Dritte Mitglied einer Gewerkschaft ist, trifft dies nur auf rund jede/n Fünften in der Zone der Verwundbarkeit zu.

4.3 Auswirkungen auf die politische Kultur

Der Begriff politische Kultur bezeichnet die Gesamtheit aller Orientierungen der Bevölkerung gegenüber dem politischen System – darunter fallen Werte, Einstellungen, Bewertungen und auch Handlungen. Neben dem Verhältnis der Bevölkerung zum politischen System befasst sich die Forschung zur politischen Kultur auch mit den Wechselwirkungen zwischen Bevölkerung und System (siehe Westle [2009], Pickel & Pickel [2006]).

Dass mangelnde Integration in gesicherte Erwerbsarbeit und stabile soziale Netze auch an der politischen Kultur bzw. der Integration in das politische System nicht spurlos vorübergehen, hat die bisherige Forschung v. a. in Zusammenhang mit dem Anstieg von Autoritarismus und Rechtspopulismus aufgezeigt (Abschnitt 2.3). Im Folgenden wird dieser Blick etwas erweitert, und Zusammenhänge zwischen den drei Zonen der gesellschaftlichen Integration und unterschiedlichen Aspekten von politischer Kultur werden vorgestellt. Dabei stehen die Wahrnehmungen der Menschen in Bezug auf das politische System und die eigene Rolle in diesem System im Fokus.

4.3.1 Operationalisierung von politischer Kultur

Der ESS 7 erfasst zahlreiche Aspekte von politischer Kultur: die Zufriedenheit mit der Demokratie im Land sowie die Zufriedenheit mit der Bundesregierung, das Vertrauen in staatliche Institutionen, politische Selbstwirksamkeit, politisches Interesse, die Bewertung des Interesses der PolitikerInnen für ihre WählerInnen, die Einschätzung der Mitsprachemöglichkeiten im politischen System und politische Partizipation. Diese Aspekte wurden in einem ersten Schritt einer Faktorenanalyse²⁵ unterzogen, um mögliche gemeinsame, ihnen zugrundeliegende Dimensionen aufzuspüren. Drei solcher Dimensionen konnten identifiziert werden:

Die erste Dimension bezieht sich direkt auf das politische System und beinhaltet die Zufriedenheit mit der aktuellen Ausgestaltung der Demokratie im Land und das Vertrauen in unterschiedliche politische bzw. staatliche Institutionen und AkteureInnen (Parlament, politische Parteien, Politi-

kerInnen, Rechtssystem und Polizei). Die zweite Dimension bezieht sich auf die wahrgenommene Inklusion der BürgerInnen in das System. Sie inkludiert die Einschätzungen der Menschen dahingehend, ob sich PolitikerInnen für das, was sie denken, interessieren und inwieweit ihnen das System Möglichkeiten zur Mitsprache ermöglicht.

Die dritte Dimension umfasst mit dem politischen Interesse und der politischen Selbstwirksamkeit das politische Selbstkonzept und damit jene Eigenschaften auf Seiten der BürgerInnen, die als zentrale Voraussetzung für politische Partizipation gelten.²⁶ Der Zusammenhang zwischen politischem Interesse und politischer Partizipation hat sich dabei – beispielsweise im Zuge der Wahlaltersenkung in Österreich – als ein wechselseitiger herausgestellt: So bringt ein höheres politisches Interesse nicht nur eine stärkere politische Partizipation mit sich, die Möglichkeit zur Partizipation weckt auch Interesse (vgl. Zeglovits & Zandonella [2013], Schwarzer & Zeglovits [2012], siehe auch Quintelier & Hooge [2011]). Politische Selbstwirksamkeit umfasst wiederum das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten, am politischen Prozess teilnehmen zu können. Dies geht einher mit dem Gefühl, dass politische und soziale Veränderungen generell möglich sind und dass BürgerInnen einen Beitrag zu diesen Veränderungen leisten können.²⁷

Tabelle 9: Dimensionen von politischer Kultur (Ergebnis der Faktorenanalyse)

	Politisches System	Repräsentanz & Mitsprache	Politisches Selbstkonzept
Zufriedenheit mit der Demokratie	0,869	0,059	0,125
Zufriedenheit mit der Bundesregierung	0,740	0,098	0,113
Vertrauen in politische Institutionen	0,627	0,017	0,253
PolitikerInnen interessiert, was die Menschen denken	0,001	0,865	0,035
System erlaubt Menschen Mitsprache bei dem, was Regierung macht	0,157	0,694	0,253
Politisches Interesse	0,004	0,002	0,711
Politische Selbstwirksamkeit	0,026	0,004	0,820

Anm.: $n = 1.337$; dargestellt sind die Faktorladungen (standardisierte lineare Regressionskoeffizienten) der *Pattern Matrix*. Die Höhe der Faktorladung entscheidet über die Zugehörigkeit zu den Faktoren.

4.3.2 Politische Kultur in den drei Zonen

Der Blick auf die politische Kultur in den drei Zonen der gesellschaftlichen Integration offenbart eine Reihe von Unterschieden, die Ausdruck für

die unterschiedliche Integration der Menschen in das politische System sind.

In Bezug auf die Systemdimension zeigt sich, dass die Menschen in der Zone der Verwundbarkeit im Vergleich zu jenen in der Zone der Integration mit der Bundesregierung weniger zufrieden sind und ein geringeres Institutionenvertrauen haben: So ist ein Drittel der Menschen in der Zone der Integration mit der Bundesregierung wenig zufrieden, jedoch knapp die Hälfte der Menschen in der Zone der Verwundbarkeit. Ebenso äußern 14% der Menschen in der Zone der Integration ein geringes Vertrauen in politische und staatliche Institutionen, jedoch 29% der Menschen in der Zone der Verwundbarkeit (Tabelle 10).

Die Menschen in der Zone der Entkoppelung äußern im Vergleich zur Zone der Verwundbarkeit eine noch einmal geringere Zufriedenheit mit der Bunderegierung sowie ein geringeres Institutionenvertrauen (Tabelle 10). Beispielsweise vertrauen 15% der Menschen in der Zone der Integration dem Parlament kaum, bereits 24% der Menschen in der Zone der Verwundbarkeit und sogar 35% der Menschen in der Zone der Entkoppelung. Ein ähnlicher Vertrauensverlust zeigt sich in Bezug auf das Rechtssystem: Diesem vertrauen 6% der Menschen in der Zone der Integration kaum, 17% in der Zone der Verwundbarkeit und 23% in der Zone der Entkoppelung. Die Menschen in der Zone der Verwundbarkeit unterscheidet darüber hinaus ein besonders zentraler Punkt von den Menschen in den beiden anderen Zonen: Ein beträchtlicher Teil von ihnen (39%) ist mit der Art und Weise, wie die Demokratie derzeit in Österreich insgesamt funktioniert, kaum zufrieden.

Hinsichtlich der zweiten Dimension von politischer Kultur – Repräsentanz und Mitsprache – haben die Menschen in der Zone der Verwundbarkeit und in der Zone der Entkoppelung häufiger den Eindruck, dass PolitikerInnen sich kaum dafür interessieren, was die Menschen denken – dies gilt für 21% der Menschen in der Zone der Integration, jedoch für 37% der Menschen in der Zone der Verwundbarkeit und für 44% der Menschen in der Zone der Entkoppelung. Außerdem gehen die Menschen in den beiden letztgenannten Zonen häufiger davon aus, dass sie bei dem, was die Regierung macht, kaum Mitsprache haben (Tabelle 10).

Das politische Selbstkonzept ist schließlich bei den Menschen in der Zone der Entkoppelung geringer ausgeprägt als bei den Menschen in den beiden anderen Zonen: Sowohl ihr politisches Interesse als auch ihre politische Selbstwirksamkeit – also ihr Vertrauen dahingehend, sich am politischen Prozess beteiligen zu können und über Partizipation an Veränderungen mitwirken zu können – sind wesentlich geringer ausgeprägt als bei den Menschen in der Zone der Verwundbarkeit bzw. der Zone der Integration. Eine geringe politische Selbstwirksamkeit betrifft ein Drittel der Menschen in der Zone der Entkoppelung, im Vergleich zu einem Fünftel in der

Tabelle 10: Dimension System in den drei Zonen

Dimensionen der politischen Kultur	Zone		
	Integration	Verwundbarkeit	Entkoppelung
geringe Zufriedenheit mit Demokratie	17	19	39
geringe Zufriedenheit mit Regierung	34	46	57
geringes Vertrauen in polit. Institutionen	14	29	36
PolitikerInnen interessiert kaum, was die Menschen denken	21	37	44
System erlaubt Menschen wenig Mitsprache bei dem, was Regierung macht	17	39	41
geringes politisches Interesse	14	16	27
geringe politische Selbstwirksamkeit	15	21	32
<i>n</i> (ungewichtet)	632	525	180

Anm.: Angaben in Prozent; sämtliche im Text genannten Unterschiede sind statistisch signifikant bei $p < 0,05$.

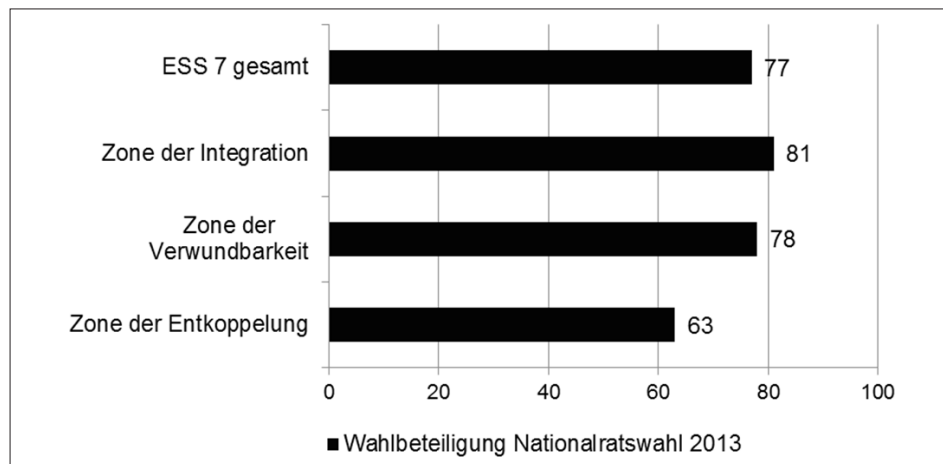
Zone der Verwundbarkeit und 15% in der Zone der Integration (Tabelle 10). Damit betrifft die in der Zone der Verwundbarkeit und der Zone der Entkoppelung angelegte Exklusion aus gesicherter Erwerbsarbeit und sozialen Netzen auch das politische System.

4.3.3 Auswirkungen auf politische Partizipation

Politische und zivilgesellschaftliche Partizipation ist vielfältig und reicht von der Teilnahme an Wahlen über punktuelle, themenspezifische Aktivitäten bis hin zu langfristigem Engagement in Vereinen oder Organisationen. Eine über möglichst alle gesellschaftlichen Gruppen hinweg verteilte Partizipation gilt dabei als Qualitätsmerkmal einer Demokratie.²⁸ Da Wahlen ein Kernelement von Demokratien darstellen und gleichzeitig eine, zumindest im europäischen Kontext, niederschwellige Partizipationsform sind, werden an dieser Stelle noch mögliche Auswirkungen der drei Zonen gesellschaftlicher Integration auf die Wahlteilnahme in Österreich untersucht.

Der ESS 7 beinhaltet dazu die Frage nach der Teilnahme an der Nationalratswahl 2013, bei der 77% der Befragten ihren Angaben zufolge ihre Stimme abgegeben haben (die tatsächliche Wahlbeteiligung lag bei rund 75%).²⁹ Bereits ein Blick auf die Wahlbeteiligung in den drei Zonen der gesellschaftlichen Integration zeigt, dass die Menschen in der Zone der Entkoppelung in geringerem Ausmaß zur Wahl gegangen sind als die Menschen in der Zone der Verwundbarkeit und jene in der Zone der Integration (Abb. 4).

Abbildung 4: Wahlbeteiligung in den drei Zonen bei der Nationalratswahl 2013



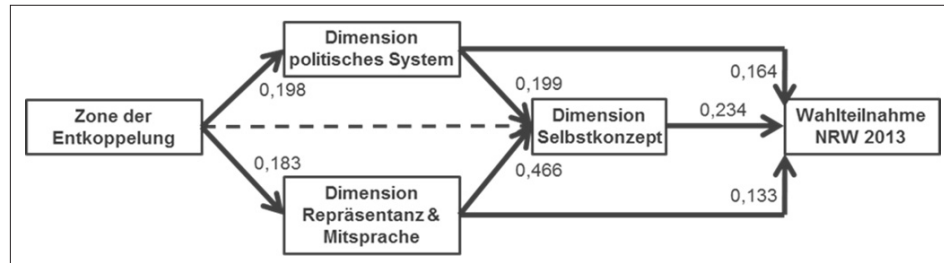
Anm.: in Prozent; n=1.337. Die tatsächliche Wahlbeteiligung bei der Nationalratswahl 2013 betrug 74,9% (<http://wahl13.bmi.gv.at/>).

Um nun herauszufinden, wie sich die für die Zone der Entkoppelung identifizierte spezifische Ausprägung von politischer Kultur auf die Wahlbeteiligung auswirken, wurde ein Pfadmodell³⁰ berechnet.

Hierbei zeigt sich zuallererst, dass das geringe Institutionenvertrauen und die geringe Zufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie (Dimension politisches System) sowie das Gefühl, von politischen AkteurInnen nicht wahrgenommen zu werden und kaum Mitsprachemöglichkeiten zu haben (Dimension Repräsentanz & Mitsprache) in der Zone der Entkoppelung nicht einfach nur besonders häufig auftreten (siehe dazu Abschnitt 3.3.2). Sie sind eine direkte Folge der in der Zone der Entkoppelung implementierten Exklusion aus gesicherter Erwerbsarbeit und stabilen Beziehungsnetzen.

Das geringe politische Interesse und die geringe politische Selbstwirksamkeit (Dimension politisches Selbstkonzept) sind demgegenüber keine direkte Folge der der Zone der Entkoppelung immanenten Exklusionen. Dem Pfadmodell folgend stellen sie vielmehr eine Reaktion auf die empfundene Distanz des politischen Systems und seiner AkteurInnen zur eigenen Lebenswelt und deren Gestaltungsmöglichkeiten dar. Der negative Effekt, den das Gefühl, von PolitikerInnen nicht wahrgenommen zu werden und keine Mitsprachemöglichkeiten zu haben (Dimension Repräsentanz und Mitsprache) auf das politische Selbstkonzept hat, ist dabei der stärkste direkte Effekt im gesamten Modell.

Schließlich wirken sich alle drei Dimensionen von politischer Kultur – fehlendes Vertrauen in das politische System und Unzufriedenheit mit sei-

Abbildung 5: Schematische Darstellung des Pfadmodells

Anm.: Die dicken, durchgezogenen Linien symbolisieren die signifikanten Pfade, die unterbrochenen Linien sind nicht signifikante Pfade.

ner Funktionsweise, das Gefühl von fehlender Wahrnehmung und geringen Mitsprachemöglichkeiten sowie ein geringes politisches Selbstkonzept – direkt und negativ auf die Wahlbeteiligung der Menschen in der Zone der Entkoppelung aus. Damit ist die geringere Wahlbeteiligung in der Zone der Entkoppelung eine systematische Folge der Exklusion aus gesicherter Erwerbsarbeit und stabilen Beziehungsnetzen.

Tabelle 11: Direkte Effekte im Pfadmodell

Unabhängige Variable	Abhängige Variable	Stand. Reg.koeff.
Dimension politisches Selbstkonzept	Wahlteilnahme	0,164*
Dimension politisches System		0,133*
Dimension Repräsentanz & Mitsprache		0,234*
Dimension politisches System	Dimension politisches Selbstkonzept	0,199*
Dimension Repräsentanz & Mitsprache		0,466*
Zone der Entkoppelung		0,052
Zone der Entkoppelung	Dimension politisches System	0,198*
Zone der Entkoppelung	Dimension Repräsentanz & Mitsprache	0,183*

Anm.: Dargestellt sind die standardisierten Koeffizienten; $n = 1.328$. * Diese Koeffizienten sind signifikant bei mind. $p < 0,05$; Model Fit.

Angaben in Prozent; sämtliche im Text genannten Unterschiede sind statistisch signifikant bei $p < 0,05$; $X^2(1) = 3,29$; $p = 0,07$; CFI = 0,996 und RMSEA = 0,032.

Indirekte Effekte können aus dieser Tabelle wie folgt berechnet werden: Indirekte Effekte sind das Produkt der jeweiligen direkten Effekte; totale Effekte sind die Summe der jeweiligen direkten und indirekten Effekte.

6. Zusammenfassung und Fazit

Im Fokus der durchgeführten Studie standen mögliche Auswirkungen prekärer Arbeits- und Lebensbedingungen auf demokratiepolitisch relevante Einstellungen bzw. Handlungen und damit auf die politische Kultur in Österreich. Der Begriff „prekär“ subsummiert dabei all jene Beschäftigungsverhältnisse, die aufgrund von unzureichender Entlohnung oder beschränkter Dauer keine längerfristige Lebensplanung erlauben und gleichzeitig mit einer geringeren sozialen Anerkennung sowie mit einer Schwächung der Zugehörigkeit zu sozialen Netzen einhergehen.

Den theoretischen Rahmen der Studie bildet Castels Konzept der drei Zonen der gesellschaftlichen Integration: Während die Zone der Integration eine gesicherte Beschäftigung und stabile soziale Netze voraussetzt, umfasst die Zone der Verwundbarkeit jegliche Art von prekärer Beschäftigung und brüchiger werdende Beziehungen. Von Arbeit und sozialen Netzwerken weitgehend ausgeschlossen sind die Menschen in der Zone der Entkoppelung.

Die bislang vorliegenden Forschungsergebnisse zu Prekarität verweisen auf Prekarisierung als sozialen Prozess, der nicht nur die prekär Beschäftigten betrifft, sondern zonenübergreifend beobachtet werden kann. Ein Beispiel hierfür ist die sich über Abstiegsängste von der Zone der Verwundbarkeit auf die Zone der Integration ausbreitende „Disziplinierung durch den Markt“. Diese betrifft inzwischen weite Teile der Beschäftigten und bündelt ihre Energien darin, zunehmende Unsicherheit zu verhindern oder zu organisieren.

Derart weitreichende Veränderungen gehen auch an der politischen Kultur nicht spurlos vorüber. Die bisherige Forschung verweist allen voran auf Zusammenhänge zwischen Prekarisierung und der Zunahme rechtspopulistischer Orientierungen. Diese können in allen drei Zonen der gesellschaftlichen Integration beobachtet werden und speisen sich aus unterschiedlichen arbeitsweltlichen Erfahrungen in Zusammenhang mit Unsicherheit, Unkontrollierbarkeit sowie fehlender Anerkennung von Qualifikation, Leistung und Erfahrung. Entsprechende Reaktionen darauf reichen von der Ablehnung von „denen da oben“ oder „den Fremden“ über an MigrantInnen ausgerichtete Konkurrenz um Ressourcen bzw. Status bis hin zur Übertragung des eigenen Leistungs- und Anpassungsdrucks auf andere gesellschaftliche Gruppen.

Gemeinsam ist diesen Reaktionen, dass sie die Integration in die Gesellschaft gewährleisten bzw. eine Reintegration ermöglichen sollen. Damit sind sie Ausdruck eines grundlegenden Bedürfnisses nach Zugehörigkeit, dessen Erfüllung in den beschriebenen Fällen jedoch auf Basis des Ausschlusses anderer versucht wird. Im Umgang mit gesellschaftlichem Wandel, Veränderungen in der Arbeitswelt und damit einhergehender, zuneh-

mender Unsicherheit und Ungleichheit verweisen Forschungsergebnisse durchaus auch auf solidarische Reaktionen. Dennoch profitierten in Ländern wie Österreich bislang vor allem rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien: Diese eröffnen mit ihrer den politischen und medialen Diskurs der letzten 25 Jahre dominierenden Weltsicht eben jenen Weg zur Strukturierung und zur Interpretation einer sich verändernden Lebens- und Arbeitswelt, den Sozialwissenschaft inzwischen bei Menschen in allen drei Zonen der gesellschaftlichen Integration beobachten.

Im Zuge der hier durchgeführten Analyse wurden in einem ersten Schritt die drei Zonen der gesellschaftlichen Integration mit den Daten des European Social Survey (ESS 7) für Österreich repliziert. Daran anschließend hat sich gezeigt, dass die in der Zone der Verwundbarkeit und der Zone der Entkoppelung fortgeschriebenen strukturellen Ungleichheiten bzw. angelegten Exklusionen aus gesicherter Erwerbsarbeit und sozialen Netzen sich in beträchtlichem Ausmaß auf die politische Kultur des Landes auswirken: Im Allgemeinen vertrauen die Menschen in der Zone der Verwundbarkeit und in der Zone der Entkoppelung den staatlichen und politischen Institutionen weniger, fühlen sich seltener von PolitikerInnen wahrgenommen und bezweifeln ihre Mitsprachemöglichkeiten im politischen Prozess.

Die Distanz zwischen den Menschen in der Zone der Entkoppelung und dem politischen System geht noch weiter: Viele von ihnen fühlen sich nicht nur schlecht repräsentiert und erkennen wenig Partizipationsmöglichkeiten. Sie zweifeln darüber hinaus überhaupt an der Wirksamkeit von Partizipation und haben gleichzeitig wenig Selbstvertrauen dahingehend, sich politisch beteiligen zu können. Dementsprechend gering ist ihr Interesse am politischen Geschehen. So verwundert es schließlich auch nicht, dass zahlreiche Menschen in der Zone der Entkoppelung mit der Ausgestaltung der Demokratie in Österreich insgesamt nicht zufrieden sind und bei Wahlen ihre Stimme nicht mehr abgeben. Nichtwählen in der Zone der Entkoppelung hat sich damit als eine systematische Folge der Exklusion aus gesicherter Erwerbsarbeit und stabilen Beziehungsnetzen erwiesen.

Bei den Menschen in der Zone der Verwundbarkeit wirken sich das geringere Institutionenvertrauen und das Gefühl, von politischen AkteurInnen wenig wahrgenommen zu werden bzw. wenig Mitsprachemöglichkeiten zu haben (noch) nicht auf ihr politisches Selbstkonzept aus – sie sind nach wie vor mehrheitlich am politischen Geschehen interessiert und vertrauen grundsätzlich auf die Wirksamkeit von Partizipation bzw. in ihre eigene Fähigkeit zur Partizipation. Aus diesem Grund unterscheidet sich ihre Wahlbeteiligung auch nicht von den Menschen in der Zone der Integration.

Ungleichheit unter Beschäftigtengruppen, auf immer mehr Beschäftigte übertragene Marktrisiken und zonenübergreifende Prekarisierungspro-

zesse untergraben also das Vertrauen in politische Institutionen und nähren das Gefühl, von politischen AkteurInnen weder wahrgenommen noch repräsentiert zu werden. Bei einem Teil der von Erwerbsarbeit weitgehend ausgeschlossenen Menschen ist die Entfremdung zum politischen System bereits so weit fortgeschritten, dass sie das Vertrauen in die Wirksamkeit von Partizipation verloren haben und sich nicht mehr am politischen Geschehen beteiligen. Steigt politische Partizipation jedoch mit dem Ausmaß an Eingebundenheit in gesicherte Erwerbsarbeit und stabile Beziehungsnetze, bekommen bestimmte Interessen mehr Gewicht, und eine gleichberechtigte Interesseneinbringung sowie eine gerechte Interessenvertretung sind nicht mehr gewährleistet.

Abschließend weisen die hier vorgestellten Ergebnisse also eindeutig darauf hin, dass Prekarisierungsprozesse

(1) bestehende Ungleichheiten (wie jene zwischen Frauen und Männern) verstärken und neue Ungleichheiten (z. B. zwischen unterschiedlichen Beschäftigtengruppen) schaffen;

(2) sich negativ auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt auswirken, indem sie – in Zusammenhang mit dem vorherrschenden politischen und medialen Diskurs – die Menschenfeindlichkeit in der Gesellschaft verstärken;

(3) die Funktionsweise und letztlich die Legitimität des politischen Systems in Österreich beeinträchtigen, indem sie Misstrauen gegenüber dem System und seinen AkteurInnen sowie systematische Nichtbeteiligung hervorrufen.

Anmerkungen

¹ BMASK (2017).

² Knittler (2016).

³ Nähere Informationen zum European Social Survey unter <http://www.europeansocialsurvey.org/>.

⁴ U. a. Dörre et al. (2013).

⁵ Brinkmann et al. (2006).

⁶ Weinkopf et al. (2009).

⁷ Knittler (2016).

⁸ Hawlik (2005).

⁹ Knittler (2016).

¹⁰ Teitzer (2014).

¹¹ Dörre et al. (2004).

¹² Kraemer, Speidel (2004).

¹³ Pongratz, Voß (2003).

¹⁴ Brinkmann et al. (2006).

¹⁵ Holst (2003).

¹⁶ Dörre (2012).

¹⁷ Castel (2000).

¹⁸ Dörre et al. (2013).

- ¹⁹ Dörre (2007).
- ²⁰ Hogg (2007).
- ²¹ Butterwegge, Hentges (2008).
- ²² Siehe Flecker (2008). Vor Kurzem startete am Institut für Soziologie der Universität Wien SOCRIS, ein Nachfolgeprojekt zu SIREN. Erste Informationen hierzu sind verfügbar unter: <https://www.soz.univie.ac.at/forschung/drittmittelprojekte/>.
- ²³ Ein Haushalt gilt dann als armutsgefährdet, wenn das äquivalisierte Nettohaushaltseinkommen weniger als 60% des nationalen Netto-Medianhaushaltseinkommens beträgt. Die Grenze für die Einstufung eines Haushaltes als armutsgefährdet lag im Jahr 2015 (bezogen auf das Einkommen 2014) bei äquivalisierten 1.163 Euro Monatsnettoeinkommen. Mit den vorliegenden Daten des European Social Survey kann das äquivalisierte Nettohaushaltseinkommen nicht ganz exakt berechnet werden, da das Nettohaushaltseinkommen nur in Kategorien zur Verfügung steht. Für die Berechnung wurde der jeweilige Kategoriemittelwert herangezogen.
- ²⁴ Berechnet wurden zwei Logistische Regressionsmodelle – dieses Verfahren testet den Zusammenhang zwischen mehreren unabhängigen und einer binären abhängigen Variable. Prognostiziert wird dabei die Wahrscheinlichkeit, mit der die abhängige Variable bei gegebenen unabhängigen Variablen den Wert 1 annimmt; Backhaus et al. (2008).
- ²⁵ Berechnet wurde eine Faktorenanalyse – dieses statistische Verfahren dient der Datenreduktion. Mit ihrer Hilfe können zahlreiche beobachtete Variablen auf wenige zugrunde liegende gemeinsame Faktoren zurückgeführt werden (Backhaus et al. 2008).
- ²⁶ Amadeo et al. (2002).
- ²⁷ Yeich, Levine (1994).
- ²⁸ Von Deth (2009).
- ²⁹ BMI (2017).
- ³⁰ Pfadmodelle sind erweiterte Regressionsmodelle, mit deren Hilfe überprüft werden kann, ob und wie gut ein auf theoretischen Überlegungen basierendes Kausalmodell zu empirischen Zusammenhängen passt. Dabei können direkte Effekte (der Einfluss von Variable X auf Variable Y) und indirekte Effekte (der Einfluss von Variable X auf Variable Y über Variable Z) unterschieden werden. Für Querschnittstichproben wie der vorliegenden lässt sich zwar auch im Pfadmodell die theoretisch formulierte Kausalität nicht beweisen, Ein Pfadmodell informiert jedoch darüber, welches Kausalmodell dem Korrelationsmuster der Daten am besten entspricht; Lleras (2005). Die Analyse wurde mit Mplus unter Verwendung des WLMSV-Schätzers durchgeführt. Zur Beurteilung des Modells wurden die *Goodness-of-Fit-Indices* CFI und RMSEA herangezogen. Die Kombination aus CFI > 0,95 und RMSEA < 0,08 wird dabei üblicherweise als akzeptabler, jeder aus CFI > 0,95 und RMSEA < 0,05 als sehr gute Passung bezeichnet.

Literatur

- Amadeo, Jo-Ann; Torney-Purta, Judith; Lehmann, Rainer; Husfeldt, Vera; Nikolova, Roumiana, Civic Knowledge and Engagement (Amsterdam 2002).
- Backhaus, Klaus; Erichson, Bernd; Plinke, Wulff; Weiber, Rolf, Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung (Heidelberg 2008).
- BMASK, Sozialbericht. Sozialpolitische Entwicklungen und Maßnahmen 2015-2016. sozialpolitische Analysen (Wien 2017).
- Boltanski, Luc; Chiapello, ve, Der neue Geist des Kapitalismus (Konstanz 2003).
- Bourdieu, Pierre, Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstandes gegen die neoliberale Invasion (Konstanz 1998).

- Brinkmann, Ulrich; Dörre, Klaus; Röbenack, Silke, Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse. Eine Expertise im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung (Jena 2005).
- Butterwegge, Christoph; Hentges, Gudrun, Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz (Opladen 2008).
- Castel, Robert, Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit (Konstanz 2000).
- Castel, Robert, Die Wiederkehr der sozialen Unsicherheit, in: Castel, Robert; Dörre, Klaus (Hrsg.), Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts (Frankfurt am Main/New York 2009) 21-34.
- Castel, Robert; Dörre, Klaus, Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts (Frankfurt 2009).
- Dörre, Klaus, Prekarisierung und Rechtspopulismus – gibt es einen Zusammenhang?, in: WisoDiskurs. Expertisen und Dokumentationen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik (2007) 24-34.
- Dörre, Klaus, Prekäre Arbeit und gesellschaftliche Integration. Empirische Befunde und integrationstheoretische Schlussfolgerungen, in Heitmeyer, Wilhelm; Imbusch, Peter (Hrsg.), Desintegrationsdynamiken. Integrationsdynamiken auf dem Prüfstand (Wiesbaden 2012).
- Dörre, Klaus; Lesenich, Stephan; Rosa, Hartmut, Soziologie Kapitalismus Kritik (Berlin 2013).
- Dörre, Klaus; Kraemer, Klaus; Speidel, Frederic, Prekäre Arbeit. Ursachen, soziale Auswirkungen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigung, in: Das Argument 256 (2004) 378-397.
- Feldman, Stanley, Comments on Authoritarianism in social context: The role of threat, in: International Journal of Psychology 48/1 (2013) 55-59.
- Flecker, Jörg, Die populistische Lücke. Umbrüche in der Arbeitswelt und ihre politische Verarbeitung, in: Butterwegge, Christoph; Hentges, Gudrun (Hrsg.), Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz (Opladen 2008).
- Fleissner, Peter; Miko, Katharina; Kaupa, Isabella; Mosberger, Brigitte; Simbürger, Elisabeth; Steiner, Karin, Atypische Beschäftigung – Merkmale und Typen von Prekarität (2002); verfügbar unter: http://www.abif.at/deutsch/download/Files/24_Atypische_Beschaeftigung-Endbericht.pdf.
- Foucault, Michel, Die Gouvernementalität. In: Bröckling, Ulrich; Krasmann, Susanne; Lemke, Thomas (Hrsg.), Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen (Berlin 2000).
- Giesecke, Johannes; Groß, Martin, Befristete Beschäftigung: Chance oder Risiko?, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 54 (2002) 85-108.
- Hawlik, Elisabeth, Erwerbstätigkeit 2004, in: Statistische Nachrichten 12 (2005) 1080-1092.
- Heitmeyer, Wilhelm, Die Bundesrepublik Deutschland auf dem Weg von der Konsens- in die Konfliktgesellschaft (Frankfurt am Main 1997).
- Heitmeyer, Wilhelm; Imbusch, Peter, Integrationspotenziale einer modernen Gesellschaft (Wiesbaden 2005).
- Hogg, Michael, Uncertainty Identity Theory, in: Advances in Experimental Social Psychology 39 (2007) 69-126.
- Holst, Hajo; Matuschek, Ingo, Sicher durch die Krise? Leiharbeit, Krise und Interessenvertretung, in: Haipeter, Thomas; Dörre, Klaus (Hrsg.), Gewerkschaftliche Modernisierung (Wiesbaden 2011) 167-193.
- Holzinger, Elisabeth, Atypische Beschäftigung in Österreich. Trends und Handlungsoptionen vor dem Hintergrund internationaler Entwicklungen (= AMS Report 19, Wien 2001).

- Jahoda, Marie; Larzarsfeld, Paul; Zeisel, Hans, *Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch* (Berlin 1975).
- Kim, Anna; Kurz, Karin, *Prekäre Beschäftigung im Vereinigten Königreich und Deutschland. Welche Rolle spielen unterschiedliche institutionelle Kontexte?*, in: Müller, Walter; Scherer, Stefani (Hrsg.), *Mehr Risiken – Mehr Ungleichheit?*, *Abbau von Wohlfahrtsstaat, Flexibilisierung von Arbeit und ihre Folgen* (Frankfurt am Main 2003).
- Knittler, Käthe, *Atypische Beschäftigung im Jahr 2015 und im Verlauf der Wirtschaftskrise*, in: *Statistische Nachrichten* 6 (2016) 416-422.
- Kraemer, Klaus; Speidel, Frederic, *Prekarisierung von Erwerbsarbeit: Zur Transformation des arbeitsweltlichen Integrationsmodus*, in: Heitmaier, Wilhelm; Imbusch, Peter (Hrsg.), *Integrationspotenziale einer modernen Gesellschaft* (Wiesbaden 2005).
- Kratzer, Nick; Boes, Andreas; Dohl, Volker; Marrs, Kira, Sauer, Dieter, *Entgrenzung von Unternehmen und Arbeit – Grenzen der Entgrenzung*, in: Beck, Ulrich; Lau, Christoph (Hrsg.), *Entgrenzung und Entscheidung, Was ist neu an der Theorie reflexiver Modernisierung?* (Frankfurt am Main 2004) 329-325.
- Lleras, Christy, *Path Analysis*, in: Kimberly Kempf-Leonard (Hrsg.), *Encyclopedia of Social Measurement* (San Diego 2005).
- Onraet, Emma; Van Hiel, Alain, *When threat to society becomes a threat to oneself: Implications for right-wing attitudes and ethnic prejudice*, in: *International Journal of Psychology* 48/1 (2013) 25-34.
- Pickel, Susanne; Pickel, Gerd, *Politische Kultur und Demokratieforschung. Grundbegriffe, Theorien, Methoden* (Wiesbaden 2006).
- O'Reilley, Jacqueline; Cebrián, Inmaculada; Lallement, Michel, *Working Time Changes: Social integration through transitional labor markets* (Cheltenham 2000).
- Pongratz, Hans J.; Voß, Günther G., *From employee to entrepoyee. Towards a self-entrepreneurial work force?*, in: *Concepts and Transformation* 8/3 (2003) 239-254.
- Quintelier, Ellen; Hooghe, Marc, *Political attitudes and political participation: a panel study on socialization and self-selection effects among late adolescents*, in: *International Political Science Review* 33 (2011) 63-81.
- Schmied, Günther; Grazier, Bernard, *The dynamics of full employment: Social integration through transistional labour markets* (Cheltenham 2000).
- Schwarzer, Steve; Zeglovits, Eva, *„If you don't come across it in your family or in school, where else?“ How 16-and 17-year old Austrian first time voters perceive the role of schools in preparing them for the election*, in: Abendschön, Simone (Hrsg.), *Growing into politics. Contexts and timing of political socialisation* (Colchester 2012).
- SORA & ISA, *Wahltagsbefragung zur Bundespräsidentenwahl 2016* (Wien 2016).
- Stenner, Karen, *The Authoritarian Dynamic* (Cambridge 2005).
- Teitzer, Roland, *Immer häufiger einfach und mehrfach atypisch beschäftigt? Wirtschaftskrise und Arbeitsmarktflexibilisierung in Österreich*, in: *SWS-Rundschau* 54/3 (2014) 276-296.
- Van Deth, Jan, *Politische Partizipation*, in: Kaina, Viktoria; Römmele, Andrea (Hrsg.), *Politische Soziologie* (Wiesbaden 2009) 141-161.
- Westle, Bettina, *Weiterentwicklungen des Konzepts der Politischen Kultur in der empirischen Sozialforschung*, in: Westle, Bettina; Gabriel, Oscar (Hrsg.), *Politische Kultur. Eine Einführung* (Baden-Baden 2009) 40-55.
- Weinkopf, Claudia; Hieming, Bettina; Mesaros, Leila, *Prekäre Beschäftigung* (Duisburg 2009).
- Yeich, Susan; Levine, Ralph, *Political efficacy: Enhancing the construct and its relationship to mobilization of people*, in: *Journal of Community Psychology* 2 (1994) 259-271.
- Zandonella, Martina; Hoser, Bernhard; Putz, Ingrid, *Frauenbarometer 2010. Frauen. Rechte. Geschichte. Errungenschaften. Forschungsbericht im Auftrag der MA57* (2010); ver-

füßbar unter: <https://www.wien.gv.at/menschen/frauen/pdf/frauenbarometer-endbericht-2010.pdf>.

Zeglovits, Eva; Zandonella, Martina, Political interest of adolescents before and after lowering the voting age: the case of Austria, in: *Journal of Youth Studies* 16/5 (2013).

Zusammenfassung

Dieser Artikel befasst sich mit möglichen Auswirkungen prekärer Arbeits- und Lebensbedingungen auf die politische Kultur in Österreich. Der Begriff „prekär“ subsummiert dabei all jene Beschäftigungsverhältnisse, die aufgrund von unzureichender Entlohnung oder beschränkter Dauer keine längerfristige Lebensplanung erlauben und gleichzeitig mit einer geringeren sozialen Anerkennung sowie mit einer Schwächung der Zugehörigkeit zu sozialen Netzen einhergehen. Die durchgeführte Sekundärdatenanalyse des European Social Survey zeigt, dass sich die in prekärer Beschäftigung fortgeschriebenen (strukturellen) Ungleichheiten und die darin angelegten Exklusionen in beträchtlichem Ausmaß auf die politische Kultur des Landes auswirken: So untergräbt prekäre Beschäftigung das Vertrauen in politische Institutionen und nährt das Gefühl, von politischen AkteurlInnen weder wahrgenommen noch repräsentiert zu werden. Bei einem Teil der Erwerbsgesellschaft ist die Entfremdung zum politischen System bereits so weit fortgeschritten, dass sie das Vertrauen in die Wirksamkeit von Partizipation verloren haben und sich nicht mehr am politischen Geschehen beteiligen. Steigt politische Partizipation jedoch mit dem Ausmaß an Eingebundenheit in gesicherte Erwerbsarbeit, bekommen bestimmte Interessen mehr Gewicht und eine gleichberechtigte Interessenseinbringung sowie eine gerechte Interessensvertretung sind nicht mehr gewährleistet. Damit sät prekäre Beschäftigung auch an den Grundfesten der repräsentativen Demokratie.

Abstract

This article deals with the possible impact of precarious working and living conditions on the political culture in Austria. The term „precarious“ includes all those employment conditions which, due to insufficient pay or limited duration, do not permit longer-term life planning and are accompanied by lower social recognition as well as weakened social affiliations. The results show that the (structural) inequalities and exclusions involved in precarious employment have a considerable impact on the political culture of the country: precarious employment undermines trust in political institutions and nurtures the impression of neither being perceived nor represented by political actors. Within some groups, alienation to the political system has advanced even further and they no longer participate in the political process. However, if political participation decreases with the increase of precarious working conditions, certain interests become less important and an equal representation of interests is no longer guaranteed. Thus, precarious employment affects the foundations of representative democracy.